Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksachenabteilung: Drucksachenabteilung / 5
Landtag, 7. Wahlperiode: 1967-71

25.06.1970 - 43. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

Bremische Bürgerschaft (Landtag)

7. Wahlperiode

Drucksachenabteilung V — Verhandlungsberichte

43. Sitzung

am Donnerstag, dem 25. Juni 1970

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Brauns, Dr. Czichon, Ernst, Grantz, Hellwig, Hinz, Wilma Landwehr, Gertrud Maaß, Menke, Oltmanns, Ramke, Schnakenberg, Eva Schütte, Wolff, Anna Zießler.

Unentschuldigt fehlen die Abgeordneten Borchers, Ingeborg Förster, Heiber.

INHALT

Antrag: Jährlicher Bericht über die Lage der mittelständischen Wirtschaft
(Drucksachenabteilung II Nr. 360)

Antrag: Bericht über die Lage der mittelständischen Wirtschaft im Lande Bremen
(Drucksachenabteilung II Nr. 361)

Abg. Krauss (CDU) 2371
Abg. Dr. Klink (SPD) 2372
Abg. Brouwer (NPD) 2373
Abg. John (FDP) 2374
Abg. Dr. Cassens (CDU) 2375
Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats 2375
Abg. Koschek (CDU) 2378
Senator für das Bauwesen Seifriz 2379
Abg. Dr. Franke (SPD) 2380
Abg. Friedrich Meier (SPD) 2381
Abg. Klein (CDU) 2382
Senator für Arbeit und für das Gesundheitswesen Jantzen 2383
Abg. Koschek (CDU) 2385
Abg. Dr. Sieling (CDU) 2387
Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats 2387
Senator für das Bauwesen Seifriz 2388
Abg. Friedrich Meier (SPD) 2388
Abg. Boljahn (SPD) 2389
Abg. Fichtner (NPD) 2390
Abstimmung 2390

Bericht Nr. 21 des Petitionsausschusses (Drucksachenabteilung III Nr. 31)

Bericht Nr. 22 des Petitionsausschusses (Drucksachenabteilung III Nr. 32)

Bericht Nr. 23 des Petitionsausschusses (Drucksachenabteilung III Nr. 33) 2391

Antrag: Gesetz zum Schutze vor Luftverunreinigungen, Geräuschen und Erschütterungen — Immissionsschutzgesetz —
(Drucksachenabteilung II Nr. 48)
2. Lesung

Dazu

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 28. April 1970
(Drucksachenabteilung I Nr. 104) 2391

Antrag: Aufklärungsschrift für Eltern und Erzieher über Suchtgefahren (Drucksachenabteilung II Nr. 363)

Abg. Marta Kruse (NPD) 2391
Abg. Schelter (SPD) 2394
Abg. Dr. Lienhoop (FDP) 2395
Abg. Marianne Hänecke (CDU) 2397
Senator für Arbeit und für das Gesundheitswesen Jantzen 2397
Abg. Marta Kruse (NPD) 2398
Senator für Inneres Löbert 2399
Abg. Fröhlich (SPD) 2400
Abg. Dr. Lienhoop (FDP) 2400
Abg. Stäcker (SPD) 2401
Abstimmung 2401

Dringlichkeitsantrag: Straßenhinweisschilder zum Flughafen Bremen (Drucksachenabteilung II Nr. 364)

Abg. Stäcker (SPD) 2401
Senator für Inneres Löbert 2401

Präsidium

Präsident **Engel** Vizepräsident **Dr. Zander**

Schriftführer **Hardegen**

Am Senatstisch

Bürgermeister **Koschnick** (SPD), Präsident des Senats

Senator für das Bildungswesen **Thape** (SPD)

Senator für Inneres **Löbert** (SPD)

Senator für Arbeit und für das Gesundheitswesen **Jantzen** (SPD)

Senator für das Bauwesen **Seifriz** (SPD)

Senatsdirektor **Dr. Koch** (Senator für das Gesundheitswesen)

Senatsdirektor **Kreuser** (Senator für das Bildungswesen)

Senatsdirektor **Dr. Nemitz** (Senator für Wirtschaft und Außenhandel)

Senatsdirektor **Dr. Reif** (Senator für die Finanzen)

Präsident Engel eröffnet die Sitzung um 10.01 Uhr.

Präsident Engel: Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Eingänge liegen nicht vor.

Zur Geschäftsordnung hatte sich der Abgeordnete Böhrnsen gemeldet.

Bitte, Herr Böhrnsen!

Abg. **Böhrnsen** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir bitten, die Tagesordnungspunkte 16 und 17 heute morgen als erste zu behandeln.

Präsident Engel: Erheben sich irgendwelche Einwände gegen diese Regelung? — Das ist nicht der Fall. Dann ist diese Umstellung der Tagesordnung genehmigt.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Ich bitte ums Wort!)

Herr Dr. Cassens, Ihre Wortmeldung kommt leider zu spät! Ich hatte schon festgestellt, daß keine Einwände erhoben werden, daß die Tagesordnung umgestellt wird.

Ich darf vom Senat begrüßen Herrn Senator Thape, Herrn Senator Löbert, Herrn Senatsdirektor Dr. Reif und Herrn Senatsdirektor Dr. Nemitz.

Antrag: Jährlicher Bericht über die Lage der mittelständischen Wirtschaft (Drucksachenabteilung II Nr. 360)

Interfraktionell ist vereinbart worden, hiermit zu verbinden:

Antrag: Bericht über die Lage der mittelständischen Wirtschaft im Lande Bremen (Drucksachenabteilung II Nr. 361)

Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist mit dieser Verbindung von Tagesordnungspunkten einverstanden.

Der Antrag Nummer 360 ist unterschrieben von dem Abgeordneten Dr. Sieling und CDU-Fraktion. Er hat folgenden Wortlaut:

„Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Der Senat wird ersucht, jährlich einmal einen ausführlichen Bericht über die Lage der mittelständischen Wirtschaft im Lande Bremen im Plenum der Bürgerschaft (Landtag) zu erstatten."

Der Antrag Nummer 361 ist unterzeichnet von den Abgeordneten Böhrnsen und SPD-Fraktion sowie Hauptmann und FDP-Fraktion. Er lautet folgendermaßen:

„Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) beauftragt die Wirtschaftskammer Bremen, einen Bericht über die Lage der mittelständischen Wirtschaft im Lande Bremen vorzulegen."

Beide Anträge liegen den Abgeordneten gedruckt vor.

Der sachliche Unterschied liegt, wie Sie sicherlich bemerkt haben, darin, daß die CDU-Fraktion den Senat ersucht, einen jährlichen Bericht zu erstatten, während der Antrag der Koalitionsfraktionen die Wirtschaftskammer Bremen mit der gleichen Aufgabe beauftragen möchte.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Krauss.

Abg. **Krauss** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe bei diesem Antrag der CDU die Hoffnung, und es ist mir ein ehrliches, großes Anliegen, daß Sie, meine Damen und Herren von FDP und SPD, unseren Antrag unterstützen, zumal Sprecher Ihrer Parteien in der Öffentlichkeit sich bereits in diesem Sinne festgelegt haben.

(Abg. Klemmer [SPD]: Jetzt schon?)

Unser Antrag geht zurück auf einen Beschluß des Landesparteitages der CDU vom 9. Mai, und somit steht nicht nur die Fraktion der CDU, sondern die gesamte Partei voll hinter diesem Antrag.

(Abg. Stäcker [SPD]: Die können Sie aber nicht hierherbringen!)

Unsere freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist ohne eine starke und gesunde Gruppe mittelständischer Unternehmen, sei es aus dem Handwerk, aus dem Gewerbe, aus dem Dienstleistungsbereich oder in der mittleren Industrie, nicht denkbar. Wir bekennen uns zum Leistungswettbewerb in unserer Wirtschaft, da wir das Eigentum an Produktionsmitteln nur dadurch legitimiert sehen, daß der Unternehmer dieses Eigentum dem Wettbewerb aussetzt. Es kann aber bewiesen werden, daß die Mehrzahl von Erfindungen, von Neuerungen, von Verbesserungen und somit der technische Fortschritt durch den Pioniergeist selbständiger und freiheitlich denkender Menschen vorangetrieben worden ist.

Deshalb ist diese Gruppe von hervorragender Bedeutung für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit und für die Wachstumschancen unserer Volkswirtschaft. Es geht darum, meine Damen und Herren, die Chancen der Entfaltung von unternehmerischer Initiative zu verbessern. Ich möchte auf einen Punkt besonders hinweisen, und dieser Punkt sollte bei dem Bericht des Senats breiten Raum einnehmen: Es kann die formelle Gleichheit der Wettbewerbsbedingungen zur tatsächlichen Ungleichheit der Chancen führen. In einer repräsentativen Untersuchung über 200 verschiedene Branchen, die gerade jetzt veröffentlicht wurde, kommt zum Ausdruck, daß die gewaltige Fusions- und Konzentrations-

welle eher einen politischen als einen wirtschaftlichen Background hat. Die Produktivität konnte hier bisher nicht gesteigert werden.

Um eine Wirtschaftspolitik mit gleichen Wettbewerbschancen für alle verfolgen zu können, ist es deshalb erforderlich, daß die Branchen-, die Struktur- und die Größenunterschiede der einzelnen Unternehmen bei den wirtschaftspolitischen Maßnahmen Berücksichtigung finden.

Meine Damen und Herren, wir möchten Sie auffordern, zuzustimmen, daß der Senat diesen ausführlichen Bericht erstattet, der auf die Lage und auf die zahllosen immensen Schwierigkeiten eingeht, mit denen die mittelständische Wirtschaft auch gerade im Land Bremen zu kämpfen hat. Dann werden wir gemeinsam in die Lage versetzt, über die Lösung dieser Einzelprobleme und Einzelschicksale und gegebenenfalls über die Bereitstellung von Hilfen zu beraten, von Hilfen im subsidiären Sinne, das heißt dort, wo der einzelne sich nicht zu helfen in der Lage sieht.

Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Engel: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, darf ich Herrn Bürgermeister Koschnick herzlich begrüßen.

Das Wort zur Begründung des Koalitionsantrags hat nunmehr der Abgeordnete Dr. Klink.

Abg. **Dr. Klink** (SPD) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich möchte zum Antrag Nummer 360 der Koalitionsfraktionen sprechen: Bericht über die Lage der mittelständischen Wirtschaft im Lande Bremen. Sie wissen, daß wir durch den technischen Fortschritt und durch die Entwicklung zur Großraumwirtschaft heute strukturelle Veränderungen in der gesamten Wirtschaft haben. Diese strukturellen Veränderungen begünstigen mehr oder weniger den Großbetrieb, begünstigen die Konzentration. Das bringt wiederum Vorteile für diese größeren Unternehmenseinheiten, sei es auf dem Absatz-, auf dem Beschaffungsmarkt, auf dem Arbeitsmarkt, auf dem Kapitalmarkt. Uns interessiert insbesondere, wie in dieser Entwicklung die Stellung und die Lage der mittelständischen Wirtschaft ist. Hier liegt eines der Motive, warum wir um einen Bericht über die Lage der mittelständischen Wirtschaft bitten.

Es ist auch ein Beschluß unseres Landesparteitages, Herr Krauss, allerdings nicht vom März, sondern vom Dezember vorigen Jahres, den wir hier realisieren. Wir stellen uns diesen Bericht folgendermaßen vor. — Ich möchte hier nur Hinweise geben, weil demjenigen, der diesen Bericht erstellt, selbstverständlich überlassen bleiben muß, die Dinge abzugrenzen und aufzubauen. Wir möchten nur einige Hinweise geben, was wir für Vorstellungen damit verbinden.

Es ist wahrscheinlich nicht gut, wenn man hier in einen Methodenstreit darüber eintritt: Was ist überhaupt die mittelständische Wirtschaft? Hierüber gibt es dicke Folianten, hierüber wurde schon ein sehr weitgehender Gelehrtenstreit geführt. Wir haben durchaus die Überzeugung, daß wir auch einen Beitrag zu diesem Methodenstreit liefern könnten, nur, das ist nicht das wesentliche. Wir wollen keinen Methodenstreit, wir wollen Ergebnisse über die Lage der mittelständischen Wirtschaft haben.

Aber vielleicht bekommt man einen Anhaltspunkt über das, was man unter diesem Bereich versteht, wenn man sich einmal den Bericht der Bundesregierung über die mittelständische Wirtschaft aus dem Jahre 1959 ansieht, der übrigens auch auf Antrag der SPD-Fraktion im Bundestag zustandegekommen ist. In diesem Bericht werden erfaßt einmal die Klein- und Mittelbetriebe der Industrie, das entsprechende Handwerk, Klein- und Mittelbetriebe des Groß- und Einzelhandels, Hotel- und Gaststättengewerbe, Klein- und Mittelbetriebe der Verkehrswirtschaft, das heißt des Güternahverkehrs, des Güterfernverkehrs, Personenverkehr, Spedition und Lagerei, Binnenschiffahrt, See- und Küstenschiffahrt sowie die Seehafenbetriebe.

Aber, wie gesagt, das soll nur ein Hinweis sein. Es st sehr schwierig, hier zu einer Abgrenzung zu kommen. Es soll nur ein Anhaltspunkt für die Überlegungen sein, die man dann anzustellen hat.

Was könnte nun dieser Bericht umfassen? Wir meinen, er müßte umfassen die Entwicklungstendenzen in der mittelständischen Wirtschaft, die Strukturverhältnisse sowie die Auswirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen, insbesondere der Maßnahmen zur Stärkung der mittelständischen Wirtschaft im Land Bremen. Bei den Entwicklungstendenzen wird man besonders an die Entwicklung der Zahl der Betriebe zu denken haben, die Zahl der Beschäftigten, die Entwicklung des Umsatzes und wie sich der Anteil dieses Bereichs am gesamten Sozialprodukt entwickelt: Ist er ansteigend, ist er im Verhältnis zum Sozialprodukt rückläufig, und wie sieht es vor allen Dingen aus im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet? Ist diese Entwicklung in Übereinstimmung oder haben wir hier Sonderentwicklungen. Ich glaube, daß man versuchen sollte, zu einer solchen Entwicklung Aussagen zu machen. Ob man das kann, wird das statistische Material, werden die Untersuchungen beweisen müssen.

Bei den Strukturverhältnissen wird man versuchen müssen zu fragen, wie sieht es mit der Betriebsgrößenstruktur aus, wie sieht es mit der Kapital- und Vermögenstruktur aus, wie ist die Rentabilität? Auch hier die Frage: Gibt es unterschiedliche Entwicklungen zwischen dem Bund und Bremen? Wie sieht es mit den wirtschaftspolitischen Maßnahmen aus? Hier sollte man die Vielfalt der Maßnahmen ansprechen, die auf die mittelständische Wirtschaft zukommen. Dabei ist zu denken an Maß-

*) Vom Redner nicht überprüft.

nahmen sozialpolitischer, steuerlicher, wettbewerbspolitischer, vielleicht auch preispolitischer Art, zum Beispiel Preisbindungspolitik der zweiten Hand.

Damit werden Maßnahmen des Bundes und des Landes gleichzeitig angesprochen, wobei sicherlich das Schwergewicht auf den Auswirkungen der wirtschaftspolitischen Förderungsmaßnahmen im Interesse der mittelständischen Wirtschaft hier in Bremen liegen sollte. Wie haben sich zum Beispiel ausgewirkt die Zinszuschüsse, die Bürgerschaftsübernahmen direkter oder indirekter Art, wenn wir von den Garantiegemeinschaften ausgehen? Wie hat sich die Förderung der Gewerbeförderungsanstalt hier in Bremen ausgewirkt? Haben sich die Betriebsbegehungen und die Berufsförderung im Einzelhandel bewährt, die Zuschüsse an das Rationalisierungskuratorium? Wie werden die Vergaben der ERP-Mittel beurteilt, zum Beispiel die als Investitionskredite für Vertriebene und Flüchtlingsunternehmen, als Kredite zur Existenzgründung, als Kredite zur Errichtung von mittelständischen Betrieben in neuen Wohnanlagen, die heute ja gewährt werden? Wie hat sich das bewährt?

Wir wissen aus dem Jahresbericht des Bundeswirtschaftsministeriums, daß Bremen bei den Förderungsmitteln der Länder pro Handwerksbetrieb mit Schleswig-Holstein im Bundesgebiet in der Spitzengruppe liegt. Auch der Prozentsatz der Lehrlinge, die an überbetrieblichen Lehrlingsausbildungen teilteilnehmen, ist in Bremen so hoch, daß wir im gesamten Bundesgebiet mit in der Spitzengruppe liegen.

Mit der Vorlage und Erarbeitung dieses Berichts, meine Damen und Herren, wollen wir die Wirtschaftskammer beauftragen. Und hierin liegt der Unterschied zum Antrag der CDU. Wir meinen, die Wirtschaftskammer ist hierfür zuständig einmal nach Artikel 46 der Landesverfassung. In diesem Artikel wird ausdrücklich festgestellt, daß die Wirtschaftskammer zur Förderung der bremischen Wirtschaft Aufgaben zu übernehmen hat. Es wird ausdrücklich im bremischen Wirtschaftskammergesetz vom 23. Juni 1950 im § 2 festgestellt: Die Wirtschaftskammer hat die Aufgabe, dem Senat, der Bürgerschaft und den Behörden auf deren Verlangen oder von sich aus über Gesetzentwürfe oder sonstige Maßnahmen von allgemeiner wirtschaftlicher und sozialpolitischer Bedeutung Gutachten zu erstatten und Vorschläge vorzulegen.

Das heißt, dieser Auftrag würde genau die Aufgabenstellung der Wirtschaftskammer treffen. Und wir meinen, daß infolgedessen die Wirtschaftskammer der richtige Adressat für diesen Auftrag ist, insbesondere deshalb, weil die Wirtschaftskammer paritätisch besetzt ist, wo also gleichzeitig die Interessen der Arbeitnehmer und der Unternehmer Berücksichtigung finden können, wo wir den engen Kontakt zur Praxis haben, wo man besonders deutlich die Erfahrungen mit den wirtschaftspolitischen Maßnahmen aufzeigen kann, wo man besonders deutlich Entwicklungstendenzen und Probleme aufzeigen kann.

Wir meinen, daß das ein sehr gründlicher Bericht sein soll, der gründlich vorbereitet sein sollte, kein Routinebericht, kein Bericht, der alle Jahre wiederkommen sollte, sondern ein Bericht, der Grundlage für weitere Beratungen hier in diesem Hause sein müßte. Es sollte kein Routinebericht sein, kein Verwaltungsbericht sein, sondern ein Bericht, der die Interessen der mittelständischen Wirtschaft sehr deutlich aufzeigt. So ist es zu verstehen, daß wir der Wirtschaftskammer diesen Auftrag geben wollen. Ich bitte um Zustimmung zum Antrag 361.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Brouwer.

Abg. **Brouwer** (NPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, daß ich mich zu diesen Anträgen nur kurz zu äußern brauche, da meine Fraktion selbstverständlich ihre Zustimmung geben wird. Aber grundsätzlich dürfte ich vielleicht noch folgendes sagen:

Man braucht kein Prophet in diesem Hohen Hause zu sein, um zu erwarten, wann eigentlich die Mittelstandsfreundlichkeit der einzelnen Parteien hier durch sogenannte mittelstandsfreundliche Anträge dokumentiert wird, nämlich dann, wenn sich das Ende einer Legislaturperiode abzeichnet und die Vorbereitungen für den nächsten Bürgerschaftswahlkampf beginnen. Ich habe dies, meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt in der fünften Legislaturperiode erlebt, und ich weiß genau, daß hinterher all diesen wohltönenden Reden, die hier hinsichtlich des Mittelstandes gehalten werden, dann nach den Wahlen in keiner Weise Rechnung getragen wird und wirkliche Initiativen und Konsequenzen aus diesen Untersuchungen, die heute wieder angestrebt werden, gezogen werden, und der notleidenden mittelständischen Wirtschaft tatsächlich durch Förderungsmaßnahmen et cetera geholfen wird.

Ich war deshalb auch keineswegs überrascht, daß zu diesem Zeitpunkt seitens der Koalitionsparteien und auch seitens der CDU entsprechende Anträge hier eingereicht wurden, und ich hoffe nur, daß es nicht wieder einmal nur ein Soll sein soll, das erfüllt wird, um der mittelständischen Wirtschaft zu zeigen, daß man sie ja noch nicht völlig abgeschrieben hat.

Ich darf, meine sehr geehrten Damen und Herren, darauf hinweisen, daß ich bereits in der Erwiderung zu der Regierungserklärung seinerzeit den Repräsentanten des neugewählten Senats, Herrn Bürgermeister Koschnick, gebeten habe, in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer, der Handwerkskammer und der Handelskammer eine Konzeption zu erarbeiten, wie durch Förderungsmaßnahmen, andererseits durch Maßnahmen gegen den unlauteren Wettbewerb dieser mittelständischen Wirtschaft, das heißt in erster Linie dem Einzelhandel und dem

Handwerk, geholfen werden könnte. Ich habe auch in den Haushaltsdebatten, so glaube ich, immer wieder an diese mir gegebene Zusage von Herrn Bürgermeister Koschnick, daß so verfahren würde, erinnert. Geschehen ist bis heute in dieser Beziehung gar nichts.

(Bürgermeister Koschnick: Doch!)

Ich vermisse bis jetzt, Herr Bürgermeister, die sogenannte Konzeption, die erarbeitet werden sollte, und, aus der dieses Hohe Haus dann gegebenenfalls Konsequenzen zu ziehen in der Lage wäre.

Nachdem ich nun bereits seit zwanzig Jahren diesen Tanz um das Goldene Kalb — ich meine damit das Wählerpotential des Mittelstandes — erlebe, der immer dann auf leere Versprechungen stößt, glaube ich, Sie dürfen es mir als ausgesprochenem Mittelständler nicht übel nehmen, nicht mehr an wirkliche Initiativen zu glauben, die aus diesem Hause kommen. Ich würde mich außerordentlich freuen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich mich in diesem Falle täuschen würde, und ich hoffe nur, daß diese angeforderten Berichte so zeitig diesem Hohen Hause zugehen, daß noch Anträge auch seitens meiner Freunde hier dem Hause vorgelegt werden können, und zwar vor den Wahlen, daß hieraus tatsächlich sich Konsequenzen für den Mittelstand ergeben.

(Beifall bei der NPD)

Präsident Engel: Es spricht nunmehr der Abgeordnete John.

Abg. **John** (FDP) *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Über die Notwendigkeit, die mittelständische Wirtschaft zu fördern, ist in der Tat hier schon sehr oft gesprochen worden, und nicht nur hier, sondern auch an vielen anderen Stellen. Jeder, der sich mit diesen Fragen auseinandersetzt, weiß, daß Wirtschaftszweige — und dieser Wirtschaftszweig ist in der Tat ein sehr wichtiger — im Laufe der Zeit Strukturveränderungen unterworfen sind. Wenn Sie einen Blick nach den USA hinüber tun, dann wissen Sie, daß dort eine ganz bestimmte für die mittelständische Wirtschaft bedrohliche Entwicklung eingetreten ist für einen bestimmten Zeitraum. Die Amerikaner haben dann aber konsequent und rigoros gesetzliche Maßnahmen ergriffen, um eben diese mittelständische Wirtschaft zu fördern und sie zu schützen.

Ich habe die Hoffnung, meine Damen und Herren, daß bei uns in der Bundesrepublik Ähnliches geschieht, und ich habe diese Hoffnung um so mehr, als die jetzige Bundesregierung in ihrem Regierungsprogramm dazu konkrete Aussagen gemacht hat.

Nun lassen Sie mich hier auf den bremischen Raum zurückkommen. Es haben sich, weil die mittelständische Wirtschaft in Bremen sich in einer Situation befindet, daß man sich zusammenschließen muß, um bestimmte Rechte wahrzunehmen, um Interessen zu vertreten, zunächst im Bremer Westen, jetzt aber neuerdings auch in anderen Stadtteilen sogenannte Interessenvertretungen für die mittelständische Wirtschaft gebildet. Ich habe mich gerade im letzten Jahr mit diesen Fragen dort im Bremer Westen mit dieser Interessengemeinschaft zusammen mit meinem Kollegen Dr. Lienhoop sehr intensiv auseinandergesetzt, und es ist in der Tat für denjenigen der dort hineinsieht, völlig klar, daß noch einiges oder eine ganze Menge noch zu tun ist.

Insofern sind die hier gestellten Anträge, so meine ich, Herr Kollege Brouwer, doch von besonderer Bedeutung, und ich glaube auch nicht, daß es sich um Wahlkampf handelt, wie Sie vermuten, denn bis dahin haben wir doch noch etwas Zeit. Das läßt mich im Gegensatz zu Ihnen die Hoffnung hegen, daß daraus etwas mehr wird.

Aber, es muß hier an dieser Stelle auch noch etwas anderes gesagt werden. Ich habe vor kurzem mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Herrn Dr. Pohle, der hier vor Bremer Wirtschaftskreisen einen Vortrag gehalten hat, ein Gespräch über diese Fragen geführt und habe ihn darauf angesprochen, ob er sich im klaren darüber sei — als er nämlich die Politik der jetzigen Bundesregierung hinsichtlich der Förderung der mittelständischen Wirtschaft anzweifelte —, wer denn nun eigentlich ein Gesetz beschlossen hat, das immerhin die Wirtschaft im allgemeinen, aber insbesondere die mittelständische Wirtschaft sehr stark belastet, und das ist das Gesetz über die arbeitsrechtliche Lösung im Krankheitsfall, die Weiterzahlung der Bezüge.

Das ist ein solcher Punkt, der, meine ich, auch in solch einem Bericht neben vielen anderen Dingen, die hier schon erwähnt worden sind, und einer ganzen Reihe von Dingen, um die es noch geht, behandelt werden sollte. Ich glaube, das muß an dieser Stelle auch einmal sehr deutlich herausgestellt werden, denn Herr Pohle hat nur mit den Schultern gezuckt und hat gesagt: „Ich war ja damals bei der Abstimmung nicht dabei!"

Es muß hier auch wohl für die Öffentlichkeit und insbesondere für die mittelständische Wirtschaft herausgehoben werden, daß es Herr Dr. Müller-Hermann war, der ausgerechnet vor Wirtschaftskreisen diese Lösung dort verteidigt hat, was ihm dort in diesem Kreise — in Anführungsstrichen — entsprechende Sympathien eingebracht hat.

Ich wollte Ihnen also damit nur sagen: Man braucht sich nicht auf diesen oder jenen Landesparteitag zu beziehen. Ich kann mich auf mindestens die letzten zwanzig Landesparteitage der Freien Demokraten hier in Bremen beziehen und auf viele andere Veröffentlichungen und auf Bundesparteitage, wo man sich eben in Permanenz mit diesem Problem beschäftigt, weil es von uns seit langem erkannt worden ist. Und insofern ist das eine permanente Angelegenheit. Mehr brauche ich dazu nicht zu sagen.

*) Vom Redner nicht überprüft.

Für die FDP-Fraktion möchte ich hier ausführen, daß wir den Antrag der Koalitionsparteien für entsprechend weitergehend halten und diesen Antrag, dem wir auch unsere Unterschrift gegeben haben, unterstützen werden.

(Beifall bei FDP und SPD)

Präsident Engel: Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Dr. Cassens.

Abg. **Dr. Cassens** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dem Hause liegen zwei Anträge vor. Der Antrag der CDU-Fraktion lautet: „Der Senat wird ersucht, jährlich einmal einen ausführlichen Bericht über die Lage der mittelständischen Wirtschaft im Lande Bremen im Plenum der Bremischen Bürgerschaft zu erstatten." Der Paralellantrag der Koalitionsfraktionen lautet: „Die Bürgerschaft beauftragt die Wirtschaftskammer, einen Bericht über die Lage der mittelständischen Wirtschaft im Lande Bremen zu erstellen."

Ich hatte zunächst Bedenken, ob dieser Antrag der Koalitionsfraktionen überhaupt geschäftsordnungsmäßig ist. Ich habe mich davon überzeugen müssen, daß § 2 dieses Gesetzes es in der Tat zuläßt, daß neben dem Senat auch der Bürgerschaft die Legalität zusteht, sich ein Gutachten von der Wirtschaftskammer zu beschaffen. Aber der Text dieses Gesetzes sagt, daß es sich immer um Gutachten zu Gesetzen und sonstigen Maßnahmen handeln muß. Der Gesetzgeber erwartet also in diesem Falle, daß zunächst ein Gesetz, eine Maßnahme vorliegt, und dazu die Wirtschaftskammer gehört werden kann in Form einer gutachtlichen Äußerung.

Dieser Antrag der Koalitionsfraktionen erweckt den Eindruck, als ob man sich lediglich nur ein Gutachten beschaffen möchte. Davon unterscheidet sich allerdings in der Tat unser Antrag ganz erheblich. Denn unser Antrag, meine Damen und Herren, ist der weitergehende. Wir wollen nicht nur ein Gutachten, sondern wir wollen die Daten bekommen von der politischen Instanz in diesem Hause, und das ist und bleibt der Senat und niemand anderes.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ein jährlicher Bericht erscheint auch deshalb angezeigt, weil wir uns mit einer bloßen Statistik, mit einem Bericht über den Status quo nicht zufrieden geben können und auch nicht wollen, sondern wir möchten eine ständige Fortschreibung der ermittelten Daten, die die Exekutive, also den Senat in den Stand setzen, jeweils klug, richtig und vernünftig im Interesse Bremens zu handeln.

(Beifall bei der CDU)

Das kann, meine Damen und Herren, in der Tat nur erreicht werden durch eine ständige Fortschreibung der vorhandenen Daten, nicht aber durch einen einmaligen Bericht.

Daher, meine Damen und Herren, sind wir der Ansicht, daß dieser unser Antrag der weitergehende ist. Ich würde Sie dringend und herzlich bitten, insbesondere auch aufgrund der Gesetzesinterpretation des Wirtschaftskammergesetzes, wonach in der Tat von Maßnahmen und Gesetzen gesprochen wird — der Gesetzgeber geht doch offenbar davon aus, daß zunächst einmal die politische Instanz gewisse Vorstellungen entwickeln muß —, unserem Antrag zuzustimmen. Wir meinen, wir können bei der Lage der mittelständischen Industrie und Wirtschaft die zuständige politische Körperschaft — das ist der Senat — aus dieser Verantwortung nicht entlassen. Wir meinen, mit diesem Antrag erleichtern wir ihm sogar noch das Geschäft, indem wir ihm jährlich auferlegen, uns einen Bericht zu erstatten. Damit setzen wir ihn auch in die Lage, politisch richtig zu handeln und Vorstellungen hier in diesem Hause zu erörtern. Ich meine, das Interesse Bremens gebietet es, daß alle Damen und Herren dieses Hauses dem Vorschlag und dem Antrag der CDU folgen sollten.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Engel: Als nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Koschnick.

Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann für den Senat nur zu einer einzigen Frage Stellung nehmen, weil ich entsprechend angesprochen worden bin. Es ist ansonsten nicht meine Angelegenheit, zu den Anträgen des Parlaments Stellung zu nehmen.

Ich bin angesprochen worden in der Frage, warum der Senat trotz der Regierungserklärung noch keine Konzeption über die Förderung der mittelständischen Wirtschaft vorgelegt und damit zugelassen hat, daß praktisch in diesen drei Jahren nichts geschehen sei. Ich darf Ihnen zunächst einmal sagen, daß, was die Förderung der mittelständischen Wirtschaft anlangt, das Land Bremen sich im Verhältnis zu allen anderen Bundesländern sehr wohl sehen lassen kann. Die fachkundigen Mitglieder der Wirtschaftsdeputation und Finanzdeputation könnten dazu mehr sagen als ich.

(Abg. Götze [SPD]: Das brauchte man hier alles nicht zu sagen, Herr Bürgermeister!)

Wenn man hier darstellt, daß die mittelständische Wirtschaft am Ende der Existenzmöglichkeit liegt, dann darf ich in aller Eindeutigkeit darauf hinweisen, daß die Umsatzsteigerung bei Handel und Handwerk im letzten Jahr zumindest im Raume Bremen sich etwa mit den Umsatzsteigerungen der deutschen Industrie voll sehen lassen kann, zum Teil sogar die industrielle Umsatzsteigerung übertroffen hat. Das schließt nicht aus, daß in einer gründlichen Untersuchung mit notwendig werdenden Konsequenzen darüber nachgedacht werden muß, wie bestimmte Konzentrationsbestrebungen — die wir alle doch nicht verhindern können, aber unter Kontrolle nehmen müssen — nicht dazu führen, daß

einseitige Wettbewerbsverzerrungen möglich bleiben.

(Glocke)

Präsident Engel: Herr Bürgermeister, wollen Sie eine Frage des Abgeordneten Brouwer beantworten?

Bürgermeister Koschnick: Gern!

Präsident Engel: Bitte, Herr Brouwer!

Abg. **Brouwer** (NPD): Herr Bürgermeister, ist Ihnen bekannt, daß wohl eine sehr starke Umsatzsteigerung in der mittelständischen Wirtschaft im letzten Jahr oder in dem Jahr davor stattgefunden hat, daß aber die Ertragslage der mittelständischen Wirtschaft weit unter der Steigerung der Gehalts- und Lohnempfänger geblieben ist, weit unter diesem Stand?

Bürgermeister Koschnick: Das ist allerdings ein Vergleich, wie wenn ich Äpfel mit Birnen vergleiche.

(Abg. Brouwer [NPD]: Oh!)

Ja, das muß ich Ihnen sagen, denn Sie müssen ja in einem solchen Vergleich unterstellen, daß die Ausgangspositionen von mittelständischer Wirtschaft, industrieller Wirtschaft sowie Dienstleistungsbereichen und den Arbeitnehmern alle gleich waren.

(Abg. Fichtner [NPD]: Es kommt auch noch das Risiko dazu, Herr Bürgermeister, und dann auch noch verminderter Ertrag! Das ist doch ein Witz, Herr Bürgermeister!)

Verzeihen Sie, Herr Fichtner, auch dazu eine Bemerkung! Ich sehe sehr wohl, daß insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft wegen eines in der Regel vorhandenen Unterkapitalisierungseffekts insbesondere bei einer zu geringen Kapitaldeckung besondere Risiken vorhanden sind. Wer wollte das bestreiten? Nur, meine ich, sollten wir in diesem Kreise auch sehen, daß bei wirtschaftlichen Rezessionen eben nicht nur der mittelständische Unternehmer ein Risiko trägt, sondern zumindest auch die Beschäftigten in deren Betrieben.

(Beifall bei der SPD)

Gerade weil wir das sehen, und weil wir nicht töricht der Fusionsideologie anhängen, möchten auch wir darüber nachdenken, wie wir zu besseren Bedingungen für alle diejenigen kommen, die mit vollem persönlichen Arbeitseinsatz dazu beitragen, volkswirtschaftlichen Ertrag zu bringen. Das gilt für die Arbeitnehmer wie für die mittelständische Wirtschaft, das gilt sogar für die Großindustrie, wobei wir allerdings häufig feststellen können, wenn in der Großindustrie Krisen auftreten, werden in der Regel immer Rettungsaktionen vorgenommen, wenn dagegen im kleineren Bereich Krisen auftreten, läßt man sie häufig genug vor die Hunde gehen.

(Glocke)

Präsident Engel: Eine Frage des Abgeordneten Krauss! Wollen Sie sie beantworten, Herr Bürgermeister?

Bürgermeister Koschnick: Ja!

Präsident Engel: Bitte, Herr Krauss!

Abg. **Krauss** (CDU): Herr Bürgermeister, ich hatte schon gehofft, daß sich meine Frage erübrigt. Aber Ihre letzten Worte waren untergegangen. Würden Sie bitte noch einmal bestätigen, daß gerade in solchen Zeiten des wirtschaftlichen Rückgangs bei der Großindustrie nur mit dem Bleistift gerechnet wird und dann Entlassungen vorkommen, während gerade die mittelständische Wirtschaft — und das unterstreicht die Bedeutung dieses Bereichs für uns hier im Land Bremen — die Beschäftigten bei sich behalten hat, aus einem inneren Kontakt heraus, und vielleicht auch aus einem größeren sozialen Empfinden?

Präsident Engel: Herr Krauss, eine ausgesprochene Frage war das nicht? — Bitte, Herr Bürgermeister, wollen Sie auf die Ausführungen antworten?

Bürgermeister Koschnick: Nun, ich glaube, es zeigt das soziale Herz von Herrn Markus Krauss, das ich zu respektieren habe. Aber ich wehre mich gegen Verallgemeinerungen und bin nicht bereit zu sagen, die einen haben das getan, die anderen haben das nicht getan. So können wir nicht argumentieren. Ich kenne eine ganze Reihe von Handwerksbetrieben, die unter schwersten Verhältnissen bemüht waren, ihre Mitarbeiter zu halten. Das soll auch in anderen Bereichen vorgekommen sein. Das soll sogar in der Großindustrie vorgekommen sein. Ich kenne auch andere Betriebe, wo es anders war. Bitte, verlangen Sie hier doch keine schablonisierten allgemeinen Erklärungen. Ich glaube, das ist weder im Interesse der von uns Anzusprechenden noch ist es sinnvoll, hier so zu argumentieren. Aber soweit Sie es für Ihren Betrieb erklären, nehme ich es dankbar zur Kenntnis.

Wenn wir hier aber schon argumentieren, bitte noch eine Frage, dann gehe ich wieder an meinen Platz. Sie sprachen davon, daß wir eine Untersuchung des Senats brauchen, damit Hilfe im Sinne einer Subsidiaritätsvorstellung in unserem Sinne gewährt werden kann. In unserem Sinne bedeutet doch, da Sie für Ihre Partei gesprochen haben und nicht für den Mittelstand, eine christlich-demokratische Subsidiaritätsvorstellung. Die kenne ich allerdings aus der Jugendhilfe und anderen Sozialbereichen sehr genau, ich höre sie heute aber erstmals als politische CDU-Forderung für den Mittelstand.

Ich möchte Sie bitten, Herr Krauss, damit wir als Senat auch antworten können, doch einmal aus der großen politischen Perspektive Ihrer ja sehr beachtlichen Partei mir darzutun, wo die theoretischen Grundlagen einer Subsidiaritätsvorstellung für den mittelständischen Bereich sind. Das könnte uns sehr

helfen, dann darauf auch eine vernünftige Antwort zu geben.

(Abg. Klein [CDU]: Seien Sie doch nicht so dogmatisch, Herr Bürgermeister! — Abg. Dr. Klink [SPD]: Ausgerechnet Sie, Herr Klein! — Heiterkeit bei der SPD)

Verzeihung, Herr Klein, hier bitte ich sehr um Entschuldigung, das war von Ihnen wirklich eine Freud'sche Fehlleistung. Der Begriff der Subsidiarität kommt doch aus der Dogmatik, und ich möchte wissen, was Sie darunter verstehen, damit ich nicht dogmatisch antworten muß.

(Abg. Klein [CDU]: Wir haben keine Dogmatik, im Gegensatz zu den Marxisten! — Abg. John [FDP]: Mein Gott!)

Mein Gott! Das möchte ich von Heini Köppler nicht gehört haben, der würde so etwas nicht sagen. Aber natürlich, ein Protestant aus Lesum hat eine viel freiere Basis als einige andere in der CDU.

(Heiterkeit — Glocke)

Präsident Engel: Herr Bürgermeister, wollen Sie eine Frage des Abgeordneten Ehlers beantworten?

Bürgermeister Koschnick: Gern! Das sind Fragen, die ich gern habe!

Präsident Engel: Bitte, Herr Ehlers!

Abg. **Ehlers** (CDU): Herr Bürgermeister, Sie werden Verständnis dafür haben, daß ich mich eben angesprochen fühlte. Haben Sie überhört, daß der Kollege Krauss unter anderem ausführte, Hilfen im subsidiären Sinne, das heißt dem zu helfen, der aus eigener Kraft nicht dazu in der Lage ist? Und was muß da noch kommentiert werden?

(Beifall bei der CDU — Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Das war gut!)

Bürgermeister Koschnick: Das war eine glänzende Formulierung. Darf ich mich in diesem Falle jetzt an Herrn Ehlers wenden und fragen, sind Sie bereit, das, was wir im jugendpolitischen und bildungspolitischen Bereich und auf sozialpolitischem Bereich im Prinzip gemeinsam gesehen haben, auch zu übertragen auf das Wirtschaftsleben? Bedeutet das, daß Sie also bereit sind, wenn aus irgendeinem Grunde in der freien Wirtschaft ein bestimmter Bereich nicht mehr lebensfähig ist, weil die Gebrauchsgewohnheiten und die Arbeitsgewohnheiten sich völlig gewandelt haben, aus Gründen der Subsidiarität jeden Betrieb mit öffentlichen Mitteln zu erhalten?

(Zurufe und Unruhe bei der CDU)

Verzeihung, Herr Ehlers möchte mich auf das Gebiet der Jugendpolitik locken, und da gehe ich nämlich nicht hin! Darüber haben wir als Abgeordnete vor zwölf Jahren schon gestritten, und da ist er schon reingefallen. Es geht heute und hier darum, ob Ihr Bekenntnis zur freien Wirtschaft noch stimmt!

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte wissen, wie Ihr Wirtschaftsverständnis in bezug auf Subsidiarität ist! Nicht Ihr Menschenverständnis, denn da können wir gemeinsam marschieren, Herr Ehlers!

(Zurufe von der CDU — Unruhe im ganzen Haus)

Herr Markus Krauss hat hier von Ihrem Wirtschaftsverständnis gesprochen. Und da ich wirklich undogmatisch bin — ich hoffe es jedenfalls,

(Zurufe von der CDU — Weiterhin Unruhe im ganzen Haus)

ein paar Verklemmungen habe ich auch, aber da reden wir drüber, wenn Herr Klein sich nachher äußert —,

(Heiterkeit — Zurufe — Weiterhin anhaltende starke Unruhe im ganzen Haus)

möchte ich ganz gern von Ihnen erfahren, was im Sinne der großen Christ-Demokratischen Partei im Rahmen einer freien Wirtschaft subsidiäre Hilfe für die Wirtschaft ist. Und darauf will ich eine politische Antwort.

(Abg. Kauffmann [CDU]: Das ist ein sozialer Rechtsstaat!)

Herr Kauffmann, ich gebe ja zu, daß man mit derartigen Formulierungen gelegentlich Betriebsratsdiskussionen führt, hier muß man doch aber wirklich einmal offen eine Erklärung abgeben wenn man theoretische Schlagworte in den Raum setzt. Ich möchte mich gar nicht dagegen aussprechen, ich möchte hier einmal verbindlich von der CDU wissen, was sie sich darunter vorstellt, damit es kein Schlagwort, damit es kein Dogma, damit es keine Theorie ist.

Herr Brouwer wollte Konkretes wissen, er wollte Konzeptionen wissen, er hat hier nicht von Dogmatik gesprochen. Er hat sich bemüht, dem Senat eine Aufgabe zuzuschieben, doch auch das ist in Ordnung! Aber Herr Krauss hat hier einen theologischen Begriff der christlichen Soziallehre angesprochen und auf die Wirtschaft übertragen, und nun möchte ich bewußt wissen, wie stellt sich die CDU, nicht Herr Krauss, nicht der Bauherr von der Domgemeinde, sondern wie stellt sich die CDU eine subsidiäre Wirtschaftspolitik vor! Ganz konkret! Und dann wollen wir einmal zwanzig Jahre nachverfolgen, wie diese Wirtschaftsvorstellung in der Praxis realisiert worden ist. Ich möchte mich gern belehren lassen, und bitte jetzt die Herren Abgeordneten, mir doch die notwendige Aufklärung zu geben, damit ich als Senatsmitglied auf Ihre an sich wichtigen Beiträge antworten kann.

(Beifall bei der SPD — Zurufe von der CDU)

Was Sie hören wollten, haben Sie ja nicht beantragt.

(Glocke)

Präsident Engel: Herr Bürgermeister, wollen Sie eine Frage des Abgeordneten Klein beantworten?

Bürgermeister Koschnick: Gern!

Präsident Engel: Bitte, Herr Klein!

Abg. **Klein** (CDU): Herr Bürgermeister, bevor wir auf Ihre interessante Frage antworten, möchte ich eine Gegenfrage an Sie stellen zur Vorbereitung der Beantwortung: Nach welchen Gesichtspunkten wird unter der Verantwortung des Senats finanziell der Mittelstand bisher gefördert?

Bürgermeister Koschnick: Das kann ich Ihnen genau sagen! Der Bremer Senat hat in der Vergangenheit sich bemüht, alle lebensfähigen und entwicklungsfähigen Wirtschaftsbereiche in der Kleinindustrie, im Handwerk, im Handel, im Transportgewerbe wie auch in der übrigen Industrie und im Dienstleistungsbereich zu fördern, soweit überhaupt für diese eine Überlebenschance bestand.

Wir sind allerdings nicht der Meinung, daß wir mit öffentlichen Mitteln Bereiche fördern müssen, deren wirtschaftliche Zukunftssicherung nicht mehr möglich ist. Da bemühen wir uns eventuell durch gemeinsame Überlegungen bei Betriebsaufgaben mit zu helfen. Ich denke zum Beispiel an die früher in Bremen sehr lange vorhandenen Tabakroller — die Zigarrenmacher —, die wir heute auch nicht mehr haben. Das ist doch eine Realität. Wir gehen sehr pragmatisch ran, wir wissen andererseits, was die mittelständische Wirtschaft insgesamt für das Steuervolumen und für das Arbeitskräftepotential in Bremen bedeutet. Und wir sind von daher bereit, sehr pragmatisch, sehr undogmatisch über Lösungen von unverschuldeten Schwierigkeiten nachzudenken.

Sie haben doch von der CDU einen großen Experten in der Deputation für Wirtschaft, der ich ja heute zum ersten Mal vorgesessen habe. Der kämpft doch permanent für solche Förderungsmaßnahmen. Ich finde das auch sehr nützlich, daß Sie Leute mit großer persönlicher Erfahrung in diese Deputation entsenden, die dann um zwei oder drei Prozent höhere Zinshilfen kämpfen. Da sind wir doch immer bereit, mit Ihnen zu diskutieren.

Die Frage, die es aber heute zu lösen gilt, ist jedoch eine andere. Sie wollen uns eine Arbeit geben und sagen bloß „Aufgabe des Senats". Allerdings interessanterweise abweichend von gestern, denn gestern wollten Sie einem Gesetz nicht zustimmen, weil die Kosten nicht zu bestimmen waren. Heute fordern Sie von uns etwas ohne Feststellung der Kosten nach dem Motto: das soll der Senat mal machen, denn das Geschwätz von gestern gilt ja heute nichts mehr.

(Beifall bei der SPD)

Mir geht es um eine einzige Frage,

(Abg. Sagner [CDU]: Darum geht es doch gar nicht!)

es geht um eine einzige Frage, die für mich steht: Ist es sinnvoll, meine Damen und Herren, erst zu fordern, Senat gib Erklärungen ab, oder ist es sinnvoll, zunächst zu sagen, wir brauchen eine Strukturuntersuchung, und daraus müssen anschließend die Konsquenzen gezogen werden? Ich habe das Gefühl — ich wage es nicht zu beurteilen, weil es ein Problem des Parlaments ist —, daß die Koalition jedenfalls logischer hier vorgeht und sagt, erst die Untersuchung, und aus der Untersuchung kommen die Schlußfolgerungen. Man kann aber auch umgekehrt sagen, erst handeln wir, dann denken wir, nur, das halte ich für den Senat nicht für angemessen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Koschek.

(Abg. Böhrnsen [SPD] Können wir uns dabei nicht die Jacken ausziehen?)

Abg. **Koschek** (CDU) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann ja verstehen, daß die SPD auch einmal nachhinken möchte, daß sie nach uns kommt. Unser Antrag, den wir gestellt haben, war doch an sich klar formuliert und bedarf doch überhaupt keiner Worte. Sie müßten den an sich doch annehmen, nachdem Sie so klar und eindeutig erklärt haben, daß für die mittelständische Wirtschaft was getan werden soll.

(Glocke)

Präsident Engel: Wollen Sie eine Frage des Abgeordneten Dr. Klink beantworten?

Abg. **Koschek** (CDU): Nein, nein! Ich habe doch erst „meine Damen und Herren" gesagt, er weiß doch gar nicht, was ich sagen will!

(Heiterkeit)

Ich meine, so geht es ja nun wirklich nicht, wenn Sie schon von Anfang an versuchen wollen, mich vom Thema abzulenken, meine Damen und Herren! Sie sollten ein wenig warten.

(Heiterkeit und Zurufe)

Ich meine doch, Sie sollten einmal über Ihren eigenen Schatten springen können, meine Damen und Herren, und einmal sagen, schön, die CDU hat einen Antrag eingebracht, der ist vernünftig, den unterstützen wir einmal! Und Sie kommen jetzt mit einem Gegenantrag und sagen, die Wirtschaftskammer soll untersuchen. Ich persönlich habe ja gar nichts dagegen, daß sie es auch untersucht, ich bin dabei, auch Ihren Antrag zu unterstützen und zu sagen, jawohl, bitte, die Bürgerschaft beantragt, die

*) Vom Redner nicht überprüft.

Wirtschaftskammer möge untersuchen, aber ich bin auch der Meinung, daß der Senat unabhängig davon seine Untersuchungen einleiten und uns dann Bericht erstatten soll. Also das eine schließt das andere nicht aus, meine Damen und Herren. Sie sollten auch den Mut haben, einem Antrag der CDU zuzustimmen, genau wie wir Ihrem Antrag zustimmen, der im Grunde genommen ja das gleiche will.

Meine Damen und Herren, wir haben hier über Probleme gesprochen, und wir sind uns darüber einig, daß große Probleme in der mittelständischen Wirtschaft vorhanden sind, gerade in Bremen. Weil wir aber der Meinung sind, dann sollten wir auch etwas unternehmen. Wir sollten zunächst einmal beachten, meine Damen und Herren, daß ganze Stadtteile in Bremen einfach benachteiligt werden. Ganze Geschäftsstraßen! Nehmen wir mal das Ostertor, nehmen wir die Neustadt, nehmen wir mal Gröpelingen, meine Damen und Herren! Die Geschäfte florieren nicht richtig, weil keine Parkplätze vorhanden sind. Es geht einfach nicht an, daß man sich nur auf die City konzentriert und die mittelständische Wirtschaft in bestimmten Stadtteilen einfach verkommen läßt, weil die Käufer einfach keinen Parkplatz finden, meine Damen und Herren, weil die Voraussetzungen dafür nicht geschaffen wurden.

Ich bin der Meinung, das sollte auch ganz klar untersucht werden. Hier muß abgeholfen werden. Wir müssen die Voraussetzungen schaffen, damit die mittelständische Wirtschaft sich selbst helfen kann, sich selbst tragen kann, selbst florieren kann, meine Damen und Herren. Normalerweise verliert die mittelständische Wirtschaft nur deswegen, weil die geeigneten Maßnahmen vom Staat aus nicht getroffen werden, damit die Wirtschaft von sich aus weiter florieren kann.

Es sind wirklich Probleme am Ostertor! Die werden in der nächsten Zeit behandelt werden, darauf können Sie sich verlassen, meine Damen und Herren! Hier ist also etwas im Gange, weil man auf die Dauer sich das nicht mehr gefallen lassen will, diese Zustände, daß man ganze Geschäftsstraßen — und am Ostertor ist eine reine mittelständische Wirtschaft — benachteiligt. Und hier soll bei der Untersuchung meiner Ansicht nach auch dieser Punkt in Angriff genommen werden.

(Bürgermeister Koschnick: Steht im Antrag drin: Parkplätze Ostertor!)

Es steht im Antrag. Wir wollen doch nicht immer jedes Wort drin haben, für uns sind das Selbstverständlichkeiten, meine Damen und Herren, daß Sie aus dieser Formulierung schließen können und müssen, daß auch diese Punkte berücksichtigt werden müssen. Oder wollen Sie Wort für Wort, meine Damen und Herren, in diesem Antrag drin haben? Ich setze voraus, meine Damen und Herren, daß der Senat so intelligent ist, daß er von sich aus kapiert, was alles passieren soll.

Präsident Engel: Das Wort hat Herr Senator Seifriz.

Senator für das Bauwesen Seifriz: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Koschek, ich danke Ihnen dafür, daß Sie uns mit Ihren netten Stichworten immer wieder Gelegenheit zu bestimmten Antworten geben.

Wenn wir gefragt wurden, ob es eine Selbstverständlichkeit ist, daß man sich auch des Mittelstandes im Ostertorviertel annimmt, dann kann ich das nur bestätigen. Daß nicht schon rascher am Ostertor gehandelt worden ist, etwa so nach der Melodie tabula rasa, wird Ihnen bestätigen, daß wir sehr konsequent und sehr en detail an die Planung des Bereichs Ostertor/Remberti herangehen, weil wir vorrangig auch die Interessen der mittelständischen Wirtschaft und damit die Interessen dieses gesamten großen Wohngebiets sehen. In diesem Zusammenhang werden selbstverständlich auch die Parkplatzprobleme behandelt. Wir sind dabei. Wir werden Ihnen zu gegebener Zeit eine entsprechende Konzeption vorlegen.

Ähnliche Überlegungen, die sich auf das Parkplatzproblem beziehen, werden auch für den Bereich Gröpelingen/Walle angestrebt. Wahrscheinlich wissen Sie, daß darüber Gespräche im Gange sind. Andere sind jedenfalls darüber informiert. Auch in anderen Bereichen versuchen wir, das Notwendige möglich zu machen. Es geht nicht alles gleichzeitig, aber gedacht haben wir daran. — Schönen Dank!

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Franke

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem Herr Cassens vorhin eine eigenwillige Interpretation des bremischen Wirtschaftskammergesetzes gegeben hat, muß ich es wohl wörtlich zitieren. Er hat insofern recht, daß sich beide Anträge unterscheiden. Die CDU möchte den Senat damit beauftragen, und die SPD-Fraktion möchte mit dem Gutachten die Wirtschaftskammer beauftragen. Nun ist das Gesetz ja nun wirklich eindeutig, Herr Cassens, und meines Erachtens überhaupt nicht interpretationsfähig.

Der § 2 sagt: „Die Wirtschaftskammer hat die Aufgabe, das Gesamtinteresse der bremischen Wirtschaft zu vertreten." — Das ist ein eigener Absatz. Dazu kommt der nächste Absatz: „dem Senat, der Bürgerschaft und den Behörden auf deren Verlangen oder von sich aus über Gesetzesentwürfe" — und jetzt kommt's — „und sonstige Maßnahmen von allgemeiner wirtschaftlicher und sozialpolitischer Bedeutung Gutachten zu erstatten und Vorschläge vorzulegen."

Nun frage ich Sie, wieso eigentlich jetzt die Wirtschaftskammer nicht zuständig sein soll.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Gesetze oder Maßnahmen!)

Entschuldigen Sie, das sind doch zwei verschiedene

Absätze. Gesetzesentwürfe oder Maßnahmen! Ist doch völlig klar!

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Maßnahmen können doch nur vom Senat kommen!)

Es kommt aber auch noch ein anderer Punkt hinzu: Ich bin der Auffassung, der Senat ist ein politisches Entscheidungsgremium und keine Gutachterstation. Wir können den Senat doch nicht ständig mit Gutachten beauftragen, sondern müssen, soweit Hilfsorgane vorhanden sind, diese Hilfsorgane mit einspannen. Gerade auf diesem Gebiet haben wir mehrere Institutionen. In diesem Falle die Wirtschaftskammer. Die soll eine Vorlage erstellen, damit der Senat entscheiden kann. Der Senat braucht doch nicht selbst auch noch wieder Gutachten zu erstellen, nachdem die Wirtschaftskammer sowieso aus Steuergeldern bezahlt wird, das heißt aus unseren eigenen Mitteln. Ich meine, dann sollte diese Institution auch ausgenutzt werden.

(Glocke)

Präsident Engel: Herr Dr. Franke, wollen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Sagner beantworten?

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Ja!

Präsident Engel: Bitte, Herr Sagner!

Abg. **Sagner** (CDU): Herr Dr. Franke, sind Sie mit mir der Meinung, daß die Wirtschaftskammer keine Maßnahmen erstellen kann, sondern ausschließlich der Senat Maßnahmen erstellen kann, im Hinblick auf unseren Antrag einen Bericht über Maßnahmen?

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Haben Sie mir denn nicht zugehört? In dem Gesetz steht, Maßnahmen und Gutachten zu erstatten und Vorschläge vorzulegen. Da ist alles drin. Breiter geht es doch nun nicht mehr.

(Glocke)

Präsident Engel: Wollen Sie eine weitere Frage des Abgeordneten Ströh beantworten?

Abg. **Ströh** (SPD): Herr Kollege Dr. Franke —

Präsident Engel: Augenblick, Herr Dr. Franke hat seine Bereitschaft noch nicht erklärt!

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Ja!

Präsident Engel: Jetzt dürfen Sie fragen, Herr Ströh!

Abg. **Ströh** (SPD): Vielen Dank! Herr Dr. Franke, sind Sie bereit, im Interesse der CDU-Fraktion noch einmal den § 2 Absatz 2 des Wirtschaftskammergesetzes vorzulesen?

(Abg. Klein [CDU]: Darum geht es doch gar nicht!)

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Ich bin selbstverständlich gern bereit, ich meine aber, daß das Gesetz für jeden einsehbar ist.

(Beifall bei der SPD)

Nun, da ist noch ein anderer Passus, und da wird meines Erachtens die Sache provinziell. Und zwar heißt es in dem Antrag der CDU, der Senat wird ersucht, jährlich einmal einen ausführlichen Bericht zu erstatten. Meine Herren, entweder unterhalten wir uns hier über Strukturfragen oder über Konjunkturfragen. Bei Konjunkturfragen hätte ich dafür noch Verständnis. Bloß, die Konjunkturpolitik wird im Bund bestimmt und nicht hier im Land. Wenn wir Strukturuntersuchungen machen wollen, dann können wir doch nicht jedes Jahr wieder mit Strukturgutachten kommen, weil ein Strukturgutachten vom Grundsätzlichen her doch die Situation der mittelständischen Wirtschaft längerfristig unter die Lupe zu nehmen hat. Wir werden uns doch bei diesem Antrag ständig wiederholen.

Und was die kleinen Ergänzungen der Daten anlangt: Also, Herr Cassens, offensichtlich haben wir mehr Vertrauen zur Einzelhandelskammer, zum Schütting, oder sind Sie der Auffassung, daß das, was von dort kommt, absolut nicht genügend ist, oder daß diese Institutionen versagt haben? Denn die Frage habe ich mir sowieso gestellt, wieso ist es eigentlich möglich, daß Sie den Schütting übergangen haben. Wir wollen die Wirtschaftskammer deshalb einspannen, um neben den eigentlichen Unternehmungen auch die Situation der dort beschäftigten Arbeitnehmer mit untersuchen zu lassen. Letzteres ist eine eindeutige Aufgabe der Wirtschaftskammer.

Dann möchte ich noch einmal auf die Kostenfrage verweisen. Die Wirtschaftskammer wird aus Steuergeldern alljährlich von uns finanziert. Daher bin ich auch der Auffassung, daß man die Möglichkeit des Personalapparats dieser Institution entsprechend einspannt.

Sie, Herr Krauss, haben vorhin gesagt, na ja, mit den Beschäftigten der Groß- und Mittelindustrie! Dazu will ich Ihnen noch eines sagen: Erinnern Sie sich einmal an die mittelständische Bauwirtschaft, was wir dort Jahr für Jahr, Saison für Saison erleben. Ich würde also in dieser Pauschalität das nicht tun. Im übrigen müssen wir hier auch einmal ganz deutlich feststellen — das sage ich, weil ich mit diesen Dingen ja auch beruflich zu tun habe —, was die Frage der Sozialpläne und dergleichen anlangt, um soziale Spannungen zu vermeiden, wenn Rationalisierungsgründe anstehen, dann muß ich hier ebenfalls eindeutig feststellen, daß hier gerade die Großwirtschaft ganz erhebliche Signale, positive Signale gesetzt hat. Ich glaube, dann müßten wir auch hier eindeutige Vergleiche aufstellen.

(Abg. Brouwer [NPD]: Das hängt auch mit der Ertragslage zusammen, Herr Kollege!)

Das hängt natürlich mit der Ertragslage zusammen. Man kann es hier aber nicht so darstellen, wie es vorhin Herr Krauss getan hat.

Ich muß doch noch einmal wieder auf das „jährlich" zurückkommen. Haben Sie sich einmal vorgestellt, wann die Stadtparlamente vergleichbarer Größenordnungen von München, Frankfurt, Köln, auch Stuttgart, anfangen würden, jährlich solch ein Gutachten zu erstellen?

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Jährlicher Bericht mit ständiger Fortschreibung!)

Hören Sie doch zu! Nur einen Bericht aufzustellen! Dann unterscheiden wir uns ja noch mehr. Wir wollen ja nachher auch handfeste Vorschläge unterbreiten, damit wir auch die Dinge vorantreiben. Wir wollen hier doch nicht nur Tatsachen aufstellen.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß gar nicht, was Sie sich vorgestellt haben. Durch Ihre Zwischenfragen komme ich jetzt erst dahinter, daß Ihr Vorschlag nicht, wie Herr Koschek gesagt hat, so gut und so vernünftig ist. Der ist offensichtlich von Ihrer Seite überhaupt nicht durchdacht worden. Insofern glaube ich, daß Herr Brouwer doch recht hat, daß hier lediglich kurz vor der Wahl Polemik und Propaganda getrieben wird.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Friedrich Meier.

Abg. Friedrich **Meier** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Kollege Brouwer hat hier anklingen lassen, daß bisher für die mittelständische Wirtschaft im Land Bremen und in der Stadtgemeinde Bremen nichts getan worden wäre, und auch von der CDU wird ja immer gesagt, es wird nichts getan. Sicherlich könnte man vielleicht das eine oder andere noch mehr tun. Aber es sei vielleicht auch in dieser Debatte einmal gestattet, darauf hinzuweisen, was in den vergangenen Jahren getan worden ist beziehungsweise was wir im Jahr 1970 und 1971 tun.

Ich habe einmal an Hand des Haushaltsplans ganz kurz festgestellt, wir geben Zinszuschüsse für Maßnahmen für Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in Höhe von 1,56 Millionen DM, für handwerkliche Gewerbeförderung rund 160 000 DM in diesen beiden Jahren, für Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in beiden Jahren je rund 900 000 DM, für Gartenbau, Landwirtschaft und was damit zusammenhängt, in beiden Jahren je 710 000 DM, für die Fischwirtschaft im Jahr 1970 225 000 DM, im Jahr 1971 285 000 DM, für die Gewerbeförderungsanstalt Bremerhaven 1970 300 000 DM, 1971 100 000 DM, Zinszuschüsse für Kredite zum Neubau von Seeschiffen in Höhe von 2,3 beziehungsweise 2,6 Millionen DM. Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger, daß wir im Jahr 1970 rund 6,1 Millionen und im Jahr 1971 6,6 Millionen DM für die Wirtschaft und damit auch für die mittelständische Wirtschaft zur Verfügung stellen.

(Abg. Ströh [SPD]: Hört, hört! — Glocke)

Präsident Engel: Wollen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Brouwer beantworten?

Abg. Friedrich **Meier** (SPD): Ja, gern!

Präsident Engel: Bitte, Herr Brouwer!

Abg. **Brouwer** (NPD): Herr Kollege Meier, Sie sprachen eben von den sogenannten Zinszuschüssen, die wir der gewerblichen Wirtschaft zur Verfügung stellen. Würden sie an Hand des Haushalts vielleicht dem Hohen Hause bestätigen, daß für die eigentliche mittelständische Wirtschaft tatsächlich an Zinsbeihilfen nur 25 000 DM jedes Jahr zur Verfügung gestellt werden? Das geht aus den Fußnoten im Haushalt hervor. Und daß auf der anderen Seite, sehr verehrter Herr Kollege Meier, das werden Sie wohl zugestehen müssen, die Möglichkeiten, diese Zinszuschüsse von 2 Prozent zu bekommen, an Formalitäten gebunden gebunden sind, die geradezu ruinös für den einzelnen Mittelständler sind, weil er sich bis auf das Hemd ausziehen muß, um diese 2 Prozent Zinsverbilligung zu bekommen?

(Glocke)

Präsident Engel: Herr Brouwer, auch diese Art der Fragestellung muß ich beanstanden. Das war für mich keine Frage! Wenn Sie so fortfahren wollen, meine Damen und Herren, zwingen Sie mich, auf die Geschäftsordnung zu verweisen.

Abg. Friedrich **Meier** (SPD): Herr Kollege Brouwer, ich möchte folgendes sagen: Jeder, der vom Staat etwas haben will, muß diesen Nachweis erbringen. Das beginnt schon, wenn jemand beim Schulsenator Stipendien haben will oder sonst irgendetwas. Und auch derjenige, der vom Staat Mittel haben will, der Mittelständler, muß auch einiges tun. Und, Herr Brouwer, es stimmt ja nicht ganz so, daß nur 25 000 DM im Haushalt enthalten sind. Dann müssen Sie also einmal genau nachsehen. Ich kann mir also nicht vorstellen, daß beispielsweise Gartenbau und Landwirtschaft bei Ihnen schon Großindustrie ist. Das könnten also höchstens mittelständische Wirtschaftsunternehmen sein, und dort habe ich Ihnen eben genannt für Gartenbau und Landwirtschaft rund 710 000 DM pro Jahr.

Ich darf Ihnen ein Weiteres sagen, das ist sicherlich hier viel zu wenig bekannt, und wir werden es in Zukunft zahlenmäßig festhalten: Wir haben in den vergangenen Jahren und bis in die jüngste Zeit hinein eine Vielzahl von Grundstücken der mittelständischen Wirtschaft zur Verfügung gestellt unter Gutachterpreis, wo wir gesagt haben, Gutachterpreis beispielsweise — um eine Zahl zu nennen — 60 DM, wir sind bereit, zur Förderung dieser mittelständischen Wirtschaft dieses Grundstück nicht für 60, sondern für 40 oder sogar 25 DM

abzugeben. Wir werden die Summen ermitteln lassen. Wir haben die Finanzverwaltung beauftragt, um auch das einmal festzustellen.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf noch eins sagen: Sie kennen ja sicherlich alle unser Bürgschaftsvolumen. Wir haben Bürgschaften in Höhe von einer Milliarde DM allein im Wohnungsbau. Und diese eine Milliarde DM im Wohnungsbau ist doch sicherlich eine sehr starke Unterstützung auch der mittelständischen Wirtschaft in der Bauindustrie mit allen Zuliefererbetrieben. Wir haben darüber hinaus einen Betrag von rund einer halben Milliarde an weiteren Wirtschaftsbürgschaften.

Also, ich glaube nicht, daß man sich hier hinstellen kann und sagen, wir tun nichts. Sicherlich, Herr Brouwer, wenn Sie zwanzig Jahre Mitglied dieses Hauses sind, werden Sie mir zugeben müssen, daß diese Zahlen von Jahr zu Jahr gestiegen sind. Ich selbst bin Mitglied des Haushaltsausschusses seit sechs Jahren und weiß, daß in diesen sechs Jahren die Beträge, die ich Ihnen hier genannt habe, von Jahr zu Jahr angestiegen sind.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Engel: Meine Damen und Herren, zwischenzeitlich darf ich Ihnen mitteilen, daß wir noch drei Wortmeldungen vorliegen haben.

Nun hat als nächster das Wort der Abgeordnete Klein.

(Abg. Götze [SPD]: Der weiß alles! — Abg. Dr. Klink [SPD]: Marx hat auch etwas dazu gesagt!)

Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte einiges zu den Worten von Herrn Bürgermeister Koschnick sagen. Herr Bürgermeister, unser Antrag ist eigentlich nicht mißzuverstehen. Wir wollen einen Bericht vom Senat,

(Abg. Hauptmann [FDP]: Wir haben doch 1969 den Wirtschaftsbericht!)

einen regelmäßigen Bericht, und zwar wollen wir das deshalb, weil wir Wert darauf legen, daß die Berichterstattung unter politischer Verantwortlichkeit erfolgt. Das ist der grundsätzliche, gravierende Unterschied zu Ihrem Verlangen. Wir wollen nicht irgendein Gutachten einer fachlich kompetenten Stelle, sondern wir wollen den Bericht der zuständigen und dem Parlament und der Öffentlichkeit verantwortlichen Körperschaft, nämlich des Senats.

(Beifall bei der CDU — Abg. Klemmer [SPD]: Das sagte Dr. Cassens bereits!)

Ich kann eigentlich nicht verstehen, Herr Kollege Dr. Franke, daß das so etwas Absurdes sein soll. Der Senat ist zuständig, der Senat, gestützt auf die Koalition, und auch gestützt auf die CDU-Mitglieder in den Deputationen, fördert bereits. Warum kann er jetzt nicht darlegen, aufgrund welcher Sachverhalte er fördert und wie er fördert! Das ist doch eine Selbstverständlichkeit, um uns und ihn dann in die Lage zu versetzen, in gemeinsamer Beratung diese Angelegenheit weiter zu fördern.

(Glocke)

Präsident Engel: Herr Klein, wollen Sie eine Frage des Abgeordneten Dr. Klink beantworten?

Abg. **Klein** (CDU): Gern!

Präsident Engel: Bitte, Herr Dr. Klink!

Abg. **Dr. Klink** (SPD): Nach Ihren Ausführungen die Frage: Lese ich es richtig? Es steht hier . . . „einen ausführlichen Bericht über die Lage der mittelständischen Wirtschaft", und doch nicht Förderungsmaßnahmen des Senats!

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Das ist doch die Konsequenz!)

Abg. **Klein** (CDU): Herr Kollege Dr. Klink, das ist doch ein innerer Sachzusammenhang. Sie wollen doch dem Senat nicht unterstellen, daß er jetzt fördert ohne Kenntnis der Lage im einzelnen. Er wird doch Geld nicht einfach zum Fenster hinauswerfen.

(Abg. Klemmer [SPD]: Das würden wir auch nicht mitmachen!)

Die Förderungsmaßnahmen und die Analyse der Situation hängen doch miteinander zusammen, und der innere Grund unserer Formulierung ist doch der, daß wir mithelfen wollen, hier die Förderungsmaßnahmen, wenn es nötig ist, zu verbessern oder die Konzeption zu effektuieren.

Sie wissen doch selbst, meine Damen und Herren von der SPD, daß wir im Augenblick Zweifel haben, ob die Förderung des Mittelstandes in puncto Grundstückssubvention — ich will mich mal der Deutlichkeit halber so verkürzt ausdrücken — nach einer vernünftigen Konzeption gestaltet ist. Die Zweifel sind auch bei Ihnen zu Recht aufgekommen. Das ist solch ein Punkt, wo es einer deutlichen Analyse der Situation bedarf, um Förderungsmäßstäbe aufzustellen, die sowohl wirtschaftlichen Gesichtspunkten, sozial als auch, Herr Bürgermeister, dem rechtlichen Gesichtspunkt der Gleichbehandlung standhalten.

(Abg. Klemmer [SPD]: Das können Sie doch einfacher haben, in 48 Stunden! — Abg. Böhrnsen [SPD]: Schreiben Sie einen Brief an den Bürgermeister!)

Das alles, meine Damen und Herren von der SPD, erreichen wir nicht, wenn wir ein Gutachten, ein einziges Gutachten der Wirtschaftskammer zur Kenntnis nehmen, ohne jegliche politische Verantwortlichkeit. Aber das schließt ja nicht aus, daß der Senat, gestützt auf das Gesetz über die Wirtschaftskammer, sich bei seiner Berichterstattung der Hilfe der Wirtschaftskammer bedient. Ich habe doch nichts

dagegen! Aber ich möchte doch klarstellen, daß das, was Sie wollen — eine einmalige gutachtliche Äußerung eines kompetenten Gremiums —, nichts zu tun hat mit dem, was wir hier wollen. Ich meine, unsere Initiative ist effektiver im Sinne des Mittelstandes. Sie dient der Verbesserung der Konzeption aufgrund einer dauernden Analyse der Lageentwicklung, und sie dient einer Verbesserung der Förderungsmaßnahmen, für die wir sicherlich alle im pragmatischen Sinne eintreten.

(Glocke)

Präsident Engel: Wollen Sie eine weitere Frage von Herrn Dr. Klink beantworten?

Abg. **Klein** (CDU): Gern, ja!

Präsident Engel: Bitte, Herr Dr. Klink!

Abg. **Dr. Klink** (SPD): Herr Klein, Sie wollen ja nun einen jährlichen Bericht. Heißt das, daß man jährlich die Förderungsmaßstäbe überprüfen soll und darüber berichtet?

Abg. **Klein** (CDU): Natürlich, Herr Kollege, weil wir dynamische Wirtschaftspolitiker sind.

(Beifall bei der CDU — Lachen bei der SPD)

Wir sind weder Statiker noch sind wir Dogmatiker. Wir haben bei der Gestaltung dieser Bundesrepublik gezeigt, daß wir dynamisch denken und handeln können.

(Bürgermeister Koschnick: Können schon, ja!)

Und in diesem Sinne, Herr Bürgermeister, möchte ich auch den Ausdruck des Kollegen Krauss verstanden wissen. Wenn er also hier von Subsidiarität gesprochen hat, dann hat er nicht sich bezogen auf die klassische Soziallehre,

(Abg. Kauffmann [CDU]: Das weiß der Bürgermeister doch ganz genau!)

mit der sich selbstverständlich auch meine Partei beschäftigt, sondern er hat die Gedanken gemeint, die wir bereits haben einfließen lassen in die Förderungsmaßnahmen, die hier in Bremen geschehen, nämlich lebensfähigen Betrieben zu helfen, wenn es möglich ist, aber keine Naturschutzparks zu schaffen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Bürgermeister, ich würde mich also namens meiner Fraktion — —

(Bürgermeister Koschnick: Das finde ich gut, das finde ich sehr gut, das ist eine Aufklärung!)

Aber Herr Bürgermeister, war denn diese Aufklärung nötig?

(Lachen bei der SPD — Bürgermeister Koschnick: Doch! Ich lasse mich gern aufklären! — Glocke)

Präsident Engel: Herr Bürgermeister, ich bitte Sie, sich nicht in die Auseinandersetzungen einzumischen, außer Sie melden sich zum Wort!

Abg. **Klein** (CDU): Meine Damen und Herren, ich glaube, die Debatte, wenn sie auch nicht so gut begann, hat doch vielleicht jetzt einen Verlauf genommen, der Sie in den Stand versetzt, Ihre

(Oho-Rufe bei der SPD)

Auffassung noch einmal überprüfen.

(Abg. Dr. Klink [SPD]: Sie haben doch falsch formuliert!)

Wenn Sie meinen, Herr Dr. Klink, mit meinem Sachanliegen, das ich namens meiner Fraktion vorgetragen habe, einverstanden sein zu können, die Formulierung sei aber mißverständlich,

(Abg. Dr. Klink [SPD]: Sie haben doch falsch formuliert!)

dann wäre es ein wichtiger Debattenbeitrag von Ihnen im Sinne einer Einigung, wenn Sie Abänderungsanträge zu unserem Antrag stellen würden, die diesem Sachanliegen gerecht würden. Tun Sie das bitte.

(Abg. Klemmer [SPD]: Sie können das doch direkt vom Senator für Wirtschaft haben, was Sie sollen!)

Herr Kollege, ich möchte mich wirklich nicht wiederholen. Ich habe dargelegt, daß das etwas qualitativ anderes ist, ob die Wirtschaftskammer ein Fachgutachten einmal erstellt, oder ob der für bereits getätigte Förderungsmaßnahmen und auch für die Zukunft der Wirtschaftsförderung zuständige Senat jährlich seine Analyse vorlegt, aufgrund deren dann die Konzeption und die Förderungsmaßnahmen überprüft und notfalls verbessert werden. Das ist etwas völlig anderes.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Engel: Das Wort hat Herr Senator Jantzen.

Senator für Arbeit und für das Gesundheitswesen Jantzen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin über die Zwischenrufe einiger Abgeordneten der CDU recht glücklich. Es wird deutlich, wer sein Herz für Planung, mittelfristige und langfristige, jetzt endlich entdeckt hat.

Herr Dr. Cassens, wenn Sie der Meinung sind, es geschieht im Interesse der Arbeitnehmer, dann darf

ich Sie bitten, vielleicht einmal die Informationsschwelle in Ihrer eigenen Fraktion zu prüfen und zu Herrn Sagner zu gehen und sich aufgrund der in der Deputation für Arbeit vorgelegten Analyse über die Beschäftigungsstruktur aller Branchen in Bremen zeigen zu lassen, daß daran bereits lange gearbeitet wird.

Nun habe ich den Verdacht, meine Herren, daß Sie das hier nur deshalb ansprechen, um dann hinterher sagen zu können, wir mußten erst initiativ werden, damit Sie etwas tun. Das kennen wir doch nun so langsam. Da Sie bereits wissen, daß etwas erstellt ist, ist es ja auch einfach, jetzt damit zu kommen.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Ist doch keine Schande, wenn wir das tun!)

Vielleicht lesen Sie doch erst einmal, was bereits erarbeitet worden ist, um zu wissen, wie weit wir diese Frage bereits getrieben haben.

Nun muß ich aber etwas Wasser in Ihren Wein schütten. Wir haben uns bemüht, mit der Handelskammer, der Handwerkskammer und mit den übrigen Kammern in Bremen echte Daten über die Rationalisierung zu erfahren. Ich muß Ihnen sagen, das, was wir dort an Werten erfahren haben, ist relativ wenig.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Man muß es aber wissen!)

Entschuldigen Sie, Herr Dr. Cassens, von wem bekommen wir denn die Daten? Das müssen uns die Firmen offenbaren. Die tun es eben nicht! Sie werden es nicht ihrer Handelskammer gegenüber tun, der gegenüber vielleicht noch eher als gegenüber staatlichen Stellen. Dann sorgen Sie doch bitte auch in Ihrem Kreis dafür, daß die Firmen endlich zur Offenlegung solcher Zahlen, die uns zukünftige Maßnahmen technologischer Entwicklung und struktureller Entwicklung ermöglichen, bereit sind. Solange das nicht der Fall ist, werden wir solche Analysen auch nicht machen können.

(Beifall bei der SPD)

Man kann doch hier nicht so tun, als ob der Senat nur an den Unternehmer X schreiben muß, und der bereitwilligerweise seine Kosten auf den Tisch legt und uns bis in den letzten Winkel schauen läßt. Wer so tun, der soll sich einmal mit den Betriebswirten in der eigenen Fraktion darüber auseinandersetzen, wie weit das deutsche Bilanzrecht, das Aktienrecht und das GmbH-Gesetz gehen. Ist es Ihrer Aufmerksamkeit, meine Herren, eigentlich entgangen, daß Obergesellschaften wegen der Publikationspflicht aus der AG in die Form der GmbH flüchten, damit sie nicht mehr zu publizieren brauchen? Jetzt frage ich mich, geht eigentlich diese Entwicklung, die sich in dem Bereich der Wirtschaft ausbreitet, völlig über Sie und an Ihnen vorbei!

(Abg. Brouwer [NPD]: Das ist doch keine mittelständische Wirtschaft!)

Entschuldigen Sie, ich komme jetzt auf die mittelständische Wirtschaft. Glauben Sie, das die publikationsfreudiger ist?

(Abg. Brouwer [NPD]: Sicher!)

Ja, wenn sie Schwierigkeiten hat, dann kommt sie. Dann fragen Sie doch einmal Ihre eigenen Vertreter der mittelständischen Wirtschaft, die in der Kreditgarantiegemeinschaft mitarbeiten, was wir dort an Zahlen erfahren müssen. Und dann sind es ausgerechnet Ihre Herren in der Deputation für Wirtschaft, die dann verlangen, daß der Unternehmer auch noch sein Privatvermögen — wenn ich mich recht erinnere, als es einmal um einen Mann ging, der gefördert werden sollte — offenlegt. Jetzt sagen Sie auf der einen Seite, die ziehen wir aus, und auf der anderen Seite stellen Sie selber in der Deputation Anträge, die noch weit über das hinausgehen, was hier gesagt worden ist. Ich will Ihnen einmal zitieren, was man jetzt noch ausziehen muß.

(Abg. John [FDP]: Es ist die Frage, ob Ober- oder Unterwäsche! — Abg. Dr. Cassens [CDU]: Das ist nicht das Thema!)

Herr Dr. Cassens, ja sicher, wenn es unangenehm wird, dann ist es nicht das Thema, nur können Sie mich nicht dazu zwingen, zu dem Thema zu sprechen, das Sie gern hätten. Ich spreche jetzt zu dem Thema, das ich für notwendig halte. Deshalb will ich Ihnen nur sagen, fragen Sie doch einmal Herrn Sagner, was an Unterlagen erstellt worden ist. Fragen Sie doch einmal Herrn Sagner, was wir bereits jetzt über die Mobilität am Arbeitsmarkt im Interesse der heimischen Wirtschaft untersucht haben. Nun tun Sie doch nicht immer so, als müßten Anträge gestellt werden. Jetzt beantragen Sie, der Senat wird ersucht, jährlich einmal einen ausführlichen Bericht über die Lage — —

(Abg. Koschek [CDU]: Sagen Sie doch, daß Sie überfordert sind, dann sind wir bereit, etwas nachzulassen! — Abg. Klein [CDU]: Weshalb reden Sie denn soviel?)

Aber, Herr Klein, daß ausgerechnet Sie, der Seiten im Protokoll füllt, mir den Vorwurf machen, daß ich viel rede, erübrigt sich.

(Beifall bei der SPD)

Vielleicht gibt Herr Koschek — —

(Zurufe von der CDU — Glocke)

Präsident Engel: Meine Damen und Herren, ich bitte doch, Herrn Senator Jantzen ungestört aussprechen zu lassen. — Bitte, Herr Senator!

Senator Jantzen: Ich darf mich beim Herrn Präsidenten bedanken, aber nur feststellen, solche Zwischenrufe können mich nicht stören. Vielleicht beantwortet uns Herr Koschek als ein Vertreter der mittelständischen Wirtschaft in Bremen und einige andere Herren der Fraktion der CDU, wieweit sie bereit sind, die Unterlagen ihrer Firmen offenzulegen, um zu einer klaren Analyse der Lage der mittelständischen Wirtschaft zu kommen. Das sind ja wohl Zahlenwerte, auch über die eigene Gewinnsituation.

Herr Brouwer, die Frage, daß die Gewinne nachgelassen haben, muß man ja auch noch eimal beweisen. Da gibt es ja Leute, die sehr viel investieren und abschreiben. Das möchten wir dann allerdings auch wissen, wenn wir das genau beurteilen sollen. Hier frage ich mich, wem gegenüber soll das offengelegt werden! Hier ist die Wirtschaftskammer eine der Institutionen, denen gegenüber das eher offengelegt wird als uns.

Deshalb sollten wir im Interesse der mittelständischen Wirtschaft nicht den Schnüffeldienst machen, sondern eine Institution, die uns den Bericht gibt, beauftragen. Begreifen Sie endlich, daß das im Interesse der mittelständischen Wirtschaft der richtige Weg zu sein scheint.

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Fischer.

(Abg. Fischer [CDU]: Meine Wortmeldung hat sich durch die Ausführungen von Herrn Klein erledigt!)

Nun hat das Wort der Abgeordnete Koschek.

(Abg. Klein [CDU]: Ganz ruhig! — Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Der Stier von Memel!)

Abg. **Koschek** (CDU) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Debatte begann so sachlich und wurde durch Herrn Senator Jantzen völlig vom Thema abgelenkt.

(Beifall bei der CDU)

So geht es nun wirklich nicht!

(Glocke)

Präsident Engel: Herr Koschek, über Einhaltung der Rednerordnung zu dem zur Verhandlung stehenden Tagesordnungspunkt entscheidet das Präsidium!

Abg. **Koschek** (CDU): Das will ich Ihnen nicht absprechen, Herr Präsident! Ich will Ihnen kein Recht absprechen, gestatten Sie mir aber, daß ich Herrn Senator Jantzen kritisiere. Das ist mein gutes Recht.

(Beifall bei der CDU)

*) Vom Redner nicht überprüft.

Präsident Engel: Aber Sie dürfen sich nicht in die Geschäftsführung des Präsidiums einmischen.

Abg. **Koschek** (CDU): Habe ich gar nicht getan, Herr Präsident! Ich glaube, Sie haben mich mißverstanden, Herr Präsident. Das Protokoll wird das Gegenteil beweisen.

(Unruhe bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich weiß gar nicht, warum Sie so nervös sind, was soll das eigentlich bedeuten?

(Lachen bei der SPD)

Es geht doch um wichtige mittelständische Wirtschaftsprobleme.

(Abg. Kähler [SPD]: Genau!)

Daß Sie dabei die Nerven verlieren, dazu ist überhaupt kein Grund!

(Widerspruch bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es ist mir aufgefallen, daß Herr Kollege Meier zu jedem Thema spricht, gestern und heute, daß er dann ankommt und mit Zahlen spielt und Millionen hineinbringt, die, genau unter die Lupe genommen, ein ganz anderes Bild ergeben.

(Abg. Brinkmann [SPD]: Zum Beispiel?)

Für die Zinsverbilligungen Einzelhandel, Handwerk und freie Berufe sind zum ersten Mal in diesem Jahr oder im vorigen Jahr, ich glaube, 69 000 DM — auf die Mark will ich mich nicht festlegen — ausgegeben worden! Herr Meier hat hier aber Millionen hingeblättert, nicht wahr? Wenn man das als Zuschauer hört, dann würden wir hier nur noch mit Millionen bepflastert werden! Das ist doch gar nicht der Fall!

(Glocke)

Präsident Engel: Herr Koschek, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Stäcker zu beantworten?

Abg. **Koschek** (CDU): Ich bin nicht bereit, meine Damen und Herren und Herr Präsident, Fragen zu beantworten. Immer wenn ich meine Rede beginne, dann fangen Sie mit Zwischenfragen an. Hören Sie erst mal drauf, und dann kommen Sie mit Fragen!

(Heiterkeit und Zurufe bei der SPD)

Und dann, meine Damen und Herren, das, was Herr Meier hier vorgebracht hat in bezug auf die Grundstückspreise, das hätte er lieber nicht sagen sollen. Ich wollte noch darüber schweigen.

(Abg. Friedrich Meier [SPD]: Wir haben ja gar keinen Grund, zu schweigen!)

Sie sprechen von Wirtschaftsförderung, meine Damen und Herren, was die Grundstücke anbetrifft, und wenn man das genau unter die Lupe nimmt,

dann kann man nämlich feststellen, daß Sie jetzt an einigen Grundstücken ganz schön verdienen.

(Abg. Kähler [SPD]: Wer ist „Sie" — Unruhe bei der SPD — Bürgermeister Koschnick: Mit „Sie" meint er die Stadt!)

Meine Damen und Herren, so geht es nicht! Wenn Sie dieses Problem hier anfassen, dann muß es auch hier richtiggestellt werden. Die Stadt natürlich, die Stadt! Nicht Sie, nicht Sie, nein! Auch Herr Boljahn nicht in diesem Fall. Keine Mißverständnisse, Herr Boljahn, also das wollte ich nicht sagen. Sie sind genug angeschlagen, noch mehr ist nicht nötig.

Das möchte ich zunächst einmal klargestellt haben, und das ist wohl nicht zu bestreiten. Wenn Sie das hochspielen wollen, bin ich bereit, hier auch Rede und Antwort zu stehen.

(Abg. Klemmer [SPD]: Jawohl!)

Dann werde ich Ihnen etwas aufzählen, wo Sie hundert Prozent an Grundstücken verdient haben, meine Damen und Herren! Der Staat, das ist mein Standpunkt, soll nicht an Grundstücken verdienen, er soll nicht mit Grundstücken spekulieren, er soll sie ankaufen, erschließen und der Wirtschaft günstig zur Verfügung stellen.

Meine Damen und Herren, so geht das wirklich nicht. Dann ist das keine Wirtschaftsförderung mehr, wenn man Preise verlangt, die unangemessen sind,

(Abg. Klemmer [SPD]: Beweise!)

wenn sie vom Katasteramt und vom Liegenschaftsamt so festgelegt werden, wie auf dem freien Markt die Preise vielleicht nicht zu erzielen sind. So geht es nicht!

Beeindruckt hat mich der politische Stil des Herrn Senator Seifriz. Ich freue mich, daß er hier klar und nüchtern in einem ruhigen Ton im Gegensatz zu anderen Kollegen gesagt hat, daß am Ostertor etwas passieren wird und daß das Problem auch gelöst wird. Das hat mich sehr gefreut, zu erfahren, daß etwas passiert. Ich möchte aber gern wissen, Herr Senator, wann man damit rechnen kann. Wenn Sie das auch noch sagen könnten, dann könnte man sich darauf einstellen, meine Damen und Herren.

(Abg. Klemmer [SPD]: Übermorgen, Sonnabend! — Abg. Stäcker [SPD]: Wann hätten Sie es denn gern?)

Was aber noch sehr viel Sorge macht, meine Damen und Herren, ist, daß wir bereit sind, Einzelhandelsbetriebe von außerhalb nach Bremen zu ziehen und diese noch zu fördern! Das muß hier einmal klargestellt werden, daß es nicht angeht, daß man

(Abg. Friedrich Meier [SPD]: Haben wir nicht die freie Marktwirtschaft?)

Einzelhandelsbetriebe von außerhalb nach Bremen zieht, sie fördert, indem man ihnen Grundstücke zu günstigen Preisen zur Verfügung stellt!

(Heiterkeit und Widerspruch bei der SPD)

Meine Damen und Herren, so geht das nicht!

(Abg. Stäcker [SPD]: Jetzt läßt er die Katze aus dem Sack! — Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Das ist ein Wirtschaftspolitiker! — Weitere Zurufe und starke Unruhe im ganzen Haus — Glocke — Glocke)

Präsident Engel: Ich bitte um Ruhe, damit Herr Koschek weiterreden kann!

Abg. **Koschek** (CDU): Das dient nicht der Strukturverbesserung der bremischen Wirtschaft,

(Abg. Klemmer [SPD]: Soll das in dem Bericht stehen?)

denn Einzelhandelsbetriebe haben wir genug! Wir wollen in Bremen die einheimischen Betriebe fördern und nicht noch von außerhalb Betriebe heranziehen, und sie noch zuungunsten des bremischen Einzelhandels fördern. Damit das ganz klar ist! Ich habe dieses Problem mehrmals angeschnitten, und Herr Senator Eggers hat sich immer davor gedrückt, diese Fragen zu beantworten.

Meine Damen und Herren, und dann war Herr Senator Jantzen der Meinung, wir würden verlangen, daß das Privatvermögen mit in die Haftung hinein kommt. Ja, meine Damen und Herren, was glauben Sie wohl, wenn große Unternehmen, Gesellschaften mit 20 000 DM Grundkapital Millionen-Kredite aufnehmen wollen, für die wir bürgen, und keine Haftungsmöglichkeit haben? Selbstverständlich müssen wir doch verlangen, daß diese Großunternehmen, die Privatvermögen besitzen, auch für diese Kredite zur Verfügung stehen. So geht es nun wirklich nicht! Was beanstandet wurde, ist gerade eben das, daß man den kleinen Mann, der 20 000 Mark haben will, bis aufs Hemd ausziehen will, daß er sich offenbaren muß,

(Heiterkeit bei der SPD)

aber die Großen die sollen das nicht, die sollen ihr Privatvermögen ruhig behalten. Ja, so geht es nicht!

Wir achten schon darauf, meine Damen und Herren, soweit wie möglich, daß es bei uns gerecht zugeht. Wieweit wir uns bei Ihnen durchsetzen können, meine Damen und Herren, das ist eine zweite Frage, denn Sie haben die Mehrheit hier und niemand sonst.

Und Herr Senator Jantzen sagt: Wieweit sind Sie bereit, Ihre Unterlagen bekanntzugeben? Ja, meine Damen und Herren, soweit mir bekannt ist, nimmt das Statistische Landesamt jährlich unsere Unterlagen in Anspruch, um sie statistisch auszuwerten. Herr Senator Jantzen, dann kümmern Sie sich doch

um dieses Amt, da können Sie doch erfahren, was hier überhaupt passiert.

(Abg. Klemmer [SPD]: Na, na, na!)

Ich habe so den Eindruck, meine Damen und Herren, als wenn Sie nicht mehr auf dem laufenden sind.

(Heiterkeit bei der SPD)

Von daher erklärt sich ja auch Ihre Weigerung, den Bericht jährlich zu erstatten, meine Damen und Herren, denn ich bin der Meinung, daß wir die mittelständische Wirtschaft jährlich laufend im Auge behalten sollen, laufend und nicht nach einem Bericht alles vergessen, sondern mal weitermarschieren, meine Damen und Herren! Es kommt in unserer schnellebigen Zeit darauf an, daß wir die Entwicklung unserer Wirtschaft laufend im Auge behalten. Nur so können wir die Probleme lösen, meine Damen und Herren, und deshalb sollten Sie auch unserem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der CDU — Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Da steht die CDU voll dahinter!)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich möchte auf die Anträge selbst zurückkommen und nicht allgemeine Wirtschaftsfragen diskutieren.

Der Antrag der CDU-Fraktion fordert den jährlichen Bericht durch die politisch verantwortliche Instanz, nämlich durch den Senat. Dabei kann der Senat sich selbstverständlich der Berichterstattung durch die Wirtschaftskammer bedienen. Das ist ja sein gutes Recht. Der Antrag der Koalitionsfraktionen fordert den einmaligen Bericht der Wirtschaftskammer, die Analyse, aufgrund deren Erstattung dann dieses Hohe Haus Beschlüsse fassen könnte.

Meine Damen und Herren, beide Anträge stehen zwar auf ein und demselben Blatt, sie sind aber weder inhaltlich identisch noch schließen sie einander aus. Ich meine daher, wenn wir die Dinge richtig sehen, sollte das ganze Haus in der Lage und bereit sein, sowohl dem einen als auch dem anderen Antrag zuzustimmen. Die CDU-Fraktion wird jedenfalls beiden Anträgen ihre Zustimmung geben.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Engel: Das Wort hat Herr Bürgermeister Koschnick.

Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats: Herr Präsident, ich glaube, wir sollten es ganz kurz machen! Wir haben soeben wieder eine sehr hervorragende Demonstration wirtschaftspolitischer Darlegungen bekommen, die für sich spricht und die wir von hier aus nicht neu bewerten wollen.

(Abg. Klein [CDU]: Meinen Sie meine Ausführungen?)

Nein, ich meine in diesem Fall die Ausführungen Ihres Kollegen Abgeordneten Koschek

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Um Gottes Willen, nicht Herrn Klein?)

bis in die Bereiche der, wie soll man sagen, fast menschlich qualifizierten Ansprache.

Ich darf zunächst zwei Bemerkungen machen: Natürlich wird keiner von uns verkennen, daß gruppenmäßige Darlegungen aufgrund des statistischen Rechts aus den Zahlen des Statistischen Amtes herzuleiten sind. Das kann gar nicht bestritten werden, das machen wir täglich. Der Vorschlag, so wie wir ihn verstehen, kommt von den Koalitionsfraktionen, eine Strukturanalyse dem Parlament vorzulegen. Nun glaube ich allerdings nicht, daß die Koalitionsfraktionen gemeint haben, eine Strukturanalyse erstellen zu lassen, und damit genug, sondern zu dieser Strukturanalyse müßten dann die Konsequenzen bisheriger wirtschaftlicher Förderung und möglicherweise neuer Förderung natürlich automatisch folgen.

Die Konsequenz wäre also, Herr Abgeordneter Dr. Sieling, daß Sie sagen, nach diesem Bericht der Wirtschaftskammer erwarten wir natürlich — jetzt sage ich in meinen Augen natürlich — vom Senat, daß er dann Stellung nimmt und entsprechende Vorschläge macht. Das halte ich für etwas Selbstverständliches, daß man dazu nicht noch extra auffordern müßte. Insofern gibt es nur einen einzigen Grund, eventuell auf Ihren Antrag zu beharren. Einen Grund, den ich respektiere. Nicht verstehe, aber respektiere! Das ist, daß Herr Krauss Krach mit Herrn Wolters hatte und deswegen diesen Antrag, der mit den Vertretungen des Mittelstandes abgesprochen war, nicht mehr übernehmen wollte. Das akzeptiere ich.

(Zuruf von der CDU: Ist Herr Wolters im Hause?)

Aber ich muß Ihnen hier sagen, das können doch letztlich keine Beweggründe sein. Worum geht es hier eigentlich? Geht es hier wirklich um zwei, zweieinhalb und drei Prozent höhere Zinshilfe, oder geht es darum, daß einmal versucht wird, in einer Strukturanalyse darzustellen, vor welchen Schwierigkeiten der Mittelstand steht? Das wir dabei darlegen müssen, was in der Vergangenheit getan worden ist und was wir morgen und übermorgen tun wollen, das alles natürlich mit konkreten Angaben! Dabei sollten wir ehrlich sein: Es wäre nicht gut, über alle Fragen hier in der Öffentlichkeit zu diskutieren. Dafür gibt es noch einige andere Gremien, wo eventuell nach einer Generaldebatte hier im Parlament dann Einzelheiten diskutiert werden können.

Und nun tun wir doch bitte nicht so, als sei das nicht üblich in Bremen. Das ist in der Wirtschaftsdeputation üblich, das ist in der Finanzdeputation üblich, das ist in Bereichen anderer Deputationen üblich, wo es um bestimmte konkrete Förderungsmaßnahmen geht, weil man eben nicht alles auf den offenen Markt tragen kann. Und dabei möchte ich

mich zum Abschluß hier noch einmal herzlich bei dem Abgeordneten Klein bedanken, weil ich von ihm heute wirklich eine Interpretation des Begriffs Subsidiarität bekommen habe, so wie sie die CDU versteht. Diese wirtschaftsbezogene Subsidiaritätstheorie in der Darstellung von Herrn Krauss, in der Kommentierung des Herrn Abgeordneten Klein bedeutet also nicht mehr klassische Soziallehre, wobei „klassisch" sowieso fragwürdig ist, sondern bedeutet nur, daß die CDU dynamisch denken und handeln kann. Nun gut, dann handeln Sie doch endlich einmal dynamisch und seien Sie nicht bei bestimmten formalistischen Fragen so verbohrt!

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Engel: Das Wort hat Herr Senator Seifriz.

Senator für das Bauwesen Seifriz: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir nur noch ganz kurze Bemerkungen: Herr Koschek hat das interessante Problem der Bodenpolitik angesprochen. Ich halte die gegenwärtige Bodenpolitik und damit die gegenwärtige Bodenspekulation in Deutschland für einen öffentlichen Skandal, dem gegenüber sich die Bremer Baulandaffäre wie ein kleiner Windstoß ausnimmt.

(Beifall bei der SPD)

Ich werde zu denen gehören, die sich mit Macht dafür einsetzen, daß diese Art von Bodenpolitik in Deutschland eines Tages, eines möglich frühen Tages der Vergangenheit angehört.

(Beifall bei der SPD — Abg. Ströh [SPD]: Wo bleibt der Beifall bei der CDU?)

Weiter darf ich sagen, das Land Bremen und die Stadtgemeinde Bremen haben sich zur Zeit in Fragen der Bodenpolitik nach den gegenwärtig geltenden Gesetzen zu richten. Das gilt zum Beispiel auch für den Grundstückskommissar, und das gilt auch für den Grundstücksausschuß der Baudeputation. Die Beschlüsse im Grundstücksausschuß fallen in der Regel einstimmig. An den Beschlüssen ist auch die CDU beteiligt. Vielleicht setzt sich Herr Koschek zunächst einmal mit seinen Kollegen in Verbindung und fragt sie, ob sie immer dann, wenn es um Grundstücke ging, die ihn und seine Freunde interessierten, nach seiner Meinung richtig oder falsch gehandelt haben. Diese Frage können wir hier schlecht im Plenum aushandeln. Das sollten Sie zunächst einmal unter sich tun.

Drittens bin ich gefragt worden, wann wir mit den ersten Ergebnissen der Untersuchungen über das Ostertorviertel rechnen können. Ich gehe davon aus, daß in dem dafür eigens geschaffenen Beirat im Herbst zum ersten Mal öffentlich unter Beteiligung aller Kreise diskutiert werden kann. Wir gehen vorurteilslos an diese Diskussion heran. Wir werden in diese Diskussion voll einbeziehen zum Beispiel die Untersuchung, der zwei Tageszeitungen heute großes Augenmerk gewidmet haben.

Ich kann diejenigen, die diese Untersuchungen angestellt haben, zur ihrer Initiative nur begrüßen, weil ich glaube, daß wir auch aus dieser Initiative wertvolle Anregungen schöpfen können und kann nur alle diejenigen aufrufen, die weitere Anregungen geben wollen, daß jederzeit gern zu tun. Bei uns ist die richtige Adresse. Wir werden diese Frage in öffentlicher Diskussion behandeln und den Versuch machen, auf demokratischem Wege die Ostertor- und Remberti-Sanierung voranzutreiben und zu einem glücklichen Ende zu führen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Friedrich Meier.

Abg. Friedrich **Meier** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wollte mir eigentlich eine Wortmeldung ersparen und eine Zwischenfrage Herrn Senator Seifriz stellen. Ich möchte aber folgendes sagen: Gestern und heute sind hier so viele Unwahrheiten gesagt worden, daß ich nicht bereit bin, weitere Unwahrheiten unbesehen hinzunehmen. Herr Koschek hat hier behauptet, daß die Stadt an den Grundstücken verdient, die sie für Industrieansiedlung und andere Zwecke abgibt.

(Abg. Koschek [CDU]: Das kann ich belegen, den Beweis trete ich an, Herr Meier!)

Augenblick, ich komme drauf! Ich kann hier ganz klar feststellen, und das werden Ihre Mitglieder der CDU im Grundstücksausschuß der Finanzdeputation und in den anderen Deputationen überprüfen können, daß wir Ankäufe von Dritten getätigt haben und die Preise, die wir Dritten gezahlt haben, nicht von den Kaufinteressenten gefordert haben, sondern wir sind unter den Preisen geblieben, daß wir bei Grundstücken, die aus unserem eigenen städtischen Grundvermögen kommen, unter den Preisen des Verkehrswertes, unter den Preisen des Gutachterausschusses geblieben sind

(Abg. Götze [SPD]: Aber erheblich! — Abg. Hauptmann [FDP]: Genau!)

und nicht das genommen haben, was wir hätten nehmen können.

Ich habe bisher nicht ein einziges Mal feststellen dürfen, daß im Grundstückssauschuß der Finanzdeputation — das hätten Sie sicherlich getan — ein einziger von Ihrer Seite gekommen wäre, der im Rahmen von Industrieansiedlungen, hier geht es ja darum, oder im Rahmen der Sanierungsmaßnahmen für die mittelständische Wirtschaft gesagt hat, da nehmen wir mehr Geld als der Verkehrswert ist, oder wir nehmen mehr Geld, als wir als Stadtgemeinde die Grundstücke gekauft haben. Das stimmt einfach nicht.

Ich darf die Mitglieder der CDU in dem Grundstücksausschuß der Finanzdeputation herzlich bitten, wenn derartige Vorfälle vorliegen, uns aufmerksam zu machen, wenn das in Zukunft der Fall sein sollte.

Dann würden wir sicherlich nicht einem solchen Vorschlag unsere Zustimmung geben.

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Boljahn.

Abg. **Boljahn** (SPD) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, alle Abgeordneten sollten sich heute vormittag fragen, ob diese Diskussion, die wir hier geführt haben, dieser mittelständischen Wirtschaft gedient hat. Ich glaube, hier wird in Rede und Gegenrede versucht, parteipolitisches Kapital für Entwicklungstendenzen unserer Wirtschaft für sich geltend zu machen, die, glaube ich, viel ernster sind, als wir im Augenblick hier selbst feststellen wollen.

Diese mittelständische Wirtschaft, meine Damen und Herren, ist im Rahmen der Gesamtwirtschaft in einer Zerreißprobe, die viel stärker sich auf den einzelnen Betrieb auswirkt, wenn er nicht bereit ist, im Rahmen von Kooperationen sich zu leistungsfähigen Gebilden zusammenzuschließen. Ich glaube, wenn wir erkennen müssen, daß die Bundesanstalt für Arbeit im letzten Winter 1,6 Milliarden DM an Schlechtwettergeld auszahlen mußte, weil man sechs Monate nicht arbeiten konnte, wir uns gemeinsamen Überlegungen hinzugeben haben, wie man den technischen Ausrüstungsstand der deutschen Bauwirtschaft so gestaltet, daß man, wie in anderen Wirtschaftsländern auch, im Winter durcharbeitet, um nicht Hunderttausende von Bauarbeitern zu zwingen, sechs Monate Schlechtwettergeld in Anspruch nehmen zu müssen. Die Folgen davon, meine Damen und Herren, sind, daß kein junger Mensch heute mehr bereit ist, im Baugewerbe Lehrstellen anzunehmen, daß eine Fluktuation der mittelständischen Wirtschaft im Baugewerbe in einem unverhältnismäßig starken Ausmaß sichtbar geworden ist.

Jetzt zu den beiden Anträgen! Man kann doch nur von der Strukturanalyse dieser Wirtschaft ausgehen, Wirtschaftsdaten neu zu erarbeiten auf der Grundlage der sich verändernden wirtschaftlichen Situation unserer Zeit. Erst wenn ich die neuen Daten habe, kann man die Dinge, die bisher in den Haushaltsplänen verankert waren, daraufhin überprüfen, ob sie den gegebenen veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend noch gerecht sind oder ob man sie ändern muß, in welcher Form und in welcher Richtung.

Meine Damen und Herren, zu der Wirtschaft gehören immer zwei: Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Fragen der mittelständischen Wirtschaft muß man im Rahmen der sich verändernden wirtschaftlichen Situation und auch von der Ausbildung her neu überdenken. Es ist nicht mehr so, meine Damen und Herren, daß in der mittelständischen Wirtschaft die bessere Ausbildung praktiziert wird, sondern da haben die Großbetriebe viel schneller erkannt, daß im Rahmen der Ausbildung und der Zukunftssicherung der Wirtschaft es unumgänglich notwendig ist, heute auch die Lehrlingsausbildung den veränderten technologischen Entwicklungen anzupassen.

(Abg. Koschek [CDU]: Die haben auch viel mehr Geld, Herr Boljahn!)

Herr Koschek, wenn Sie zugehört haben, dann habe ich von Kooperation gesprochen, und von der Kooperation der Bauwirtschaft, von der ich etwas verstehe. Wieviele mittelständische Firmen haben technisches Gerät, was sie im Rahmen ihrer Auftragslage gar nicht in dem entsprechenden Umfang ausnutzen können! Wir stehen heute vor dieser Situation, daß die Baupreise uns weglaufen in einem Ausmaß, wo die Gemeinschaft der Bürger, der Staat, gar nicht mehr imstande und in der Lage sind, diese geforderten Preise überhaupt zu akzeptieren.

Und wenn Sie hier, Herr Koschek, ich nehme Ihnen das gar nicht übel, über Grundstückspolitik einige Ausführungen gemacht haben — meine Damen und Herren von der Opposition, der Herr Bausenator hat das eben in aller Klarheit gesagt —: Wenn die CDU und CSU im Deutschen Bundestag vor Jahren bereit gewesen wären, das Städtebauförderungsgesetz zu verabschieden, wären Millionen und Hunderte von Millionen Spekulationsgewinne in dieser Grundstückspolitik in der Bundesrepublik Deutschland niemals ermöglicht worden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, was soll man denn davon halten, daß 1966 in München, im Ballungsraum, Hunderttausende von Quadratmetern verkauft worden sind, die 1960 erworben sind zum Preis von 93 Pfennig, vom bayerischen Staat vertschinscht und verscheuert worden sind für 250 DM pro Quadratmeter mit 26 000 Prozent Gewinn, ohne daß es eine gesetzliche Möglichkeit gibt,

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Hört, hört!)

diesen 26 000-prozentigen Gewinn steuerlich abzuschöpfen!

(Abg. Fichtner [NPD]: Wie heißt der Oberbürgermeister von München?)

Der Oberbürgermeister von München heißt Vogel.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Er ist nicht der bayerische Staat!)

Und wenn Sie sich heute vergegenwärtigen, daß wir, wenn wir diese Entwicklung in den Griff bekommen wollen, ein neues Bodenrecht brauchen, dann nicht ein neues Bodenrecht, um dem Staat die Möglichkeit zu geben, abzuschöpfen, um es teuer wieder zur Verfügung zu stellen, sondern diesen Grund und Boden so billig wie möglich zur Verfügung zu stellen.

*) Vom Redner nicht überprüft.

Meine Damen und Herren, viele Wohnungen, Schulen und andere Gemeinschaftseinrichtungen müssen doch mitunter in anderen Gegenden gebaut werden, weil da, wo es eigentlich funktionsgerecht hingepaßt hätte, wir einfach nicht imstande und in der Lage sind, da die geforderten Preise zu zahlen. Und, meine Damen und Herren, wußten Sie eigentlich — und das ist doch das Unsoziale —, diese Gesetzgebung basiert auf einem steuerlichen Vorgang: alle Grundstücke basieren in ihrem Einheitswert aus dem Jahr 1935! So konnte es dieser Tage angehen, für ein Universitätsbauvorhaben in Konstanz, wo der steuerliche Einheitswert 12 000 DM war, der erzielte Erlös 35 Millionen DM betrug! Meine Damen und Herren, 12 000 DM war die steuerliche Einheitsgröße, und der Veräußerungserlös war 35 Millionen DM.

Wenn wir Fragen der mittelständischen Wirtschaft — und die mittelständische Wirtschaft ist ein Teil der Gesamtwirtschaft —, meine Damen und Herren, in den Griff bekommen wollen, dann können wir das nicht in der Form tun, daß wir uns hier gegenseitig bescheinigen, der eine Antrag ist gut, und der andere Antrag ist schlecht, sondern sollten wir uns erst einmal die Strukturanalyse als die Voraussetzung der gemeinsamen Hilfestellung für diese mittelständische Wirtschaft geben lassen, um dann, meine Damen und Herren, mit der Opposition die notwendigen Maßnahmen einzuleiten, die aber einem Ziel zu dienen haben: Nämlich dem Menschen, der in dieser Wirtschaft arbeitet.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Fichtner.

Abg. **Fichtner** (NPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem im großen und ganzen Einverständnis darüber besteht, daß es sich gewissermaßen um zwei Wahlanträge handelt, um zwei Anträge, die den Wahlkampf jetzt eröffnet haben, möchte ich zu der Uneinigkeit, die in einer Sache besteht, in der man einig sein sollte einiges sagen.

Die CDU hat erklärt, daß sie beiden Anträgen zustimmen wolle. Ich verstehe das, und ich neige auch dazu. Aber ich fürchte, daß die Koalitionsparteien nach alten Erfahrungen sich nicht so verhalten werden, und ich möchte hier deshalb einen Vorschlag machen, der so aussehen soll: Änderungsantrag zu Antrag Nummer 361, wo man einfach sagen kann ... hinter Bremen ..: „vorzulegen und jährlich einen Ergänzungsbericht zu erstatten."

(Abg. Stäcker [SPD]: Nein, das wollen wir eben nicht!)

Ich meine, dann wären wir aus dem Schneider, und der Senat könnte seine Erkenntnisse, die er ja als Senat en bloc oder als Wirtschaftssenator hat — die muß er doch wohl haben, das kann ja nicht ganz ohne sein —, dann ja in der Debatte in diesem Hause beisteuern. Vielleicht ist die Situation doch so, daß die Personalunion zwischen dem Präsidenten des Senats und dem Wirtschaftssenator noch gegeben ist, daß also beide Funktionen noch in einer Hand liegen, was die Sache wesentlich erleichtern würde.

Nun noch eine kurze Bemerkung zu Herrn Kollegen Boljahn. Dieses Thema Bodenspekulation ist ja nicht neu, das ist ja wirklich eine unerfreuliche Angelegenheit. Da bin ich ganz Ihrer Meinung, und ich meine nur, die Initiative von Bremen aus ist nach meiner Auffassung in der Vergangenheit viel zu dürftig gewesen. Wie oft ist dieses Thema besprochen worden, und wie oft ist daran erinnert worden, daß ja der Artikel 45 der Bremischen Landesverfassung in seinem Absatz 4 doch einen Auftrag verankert hat. Da heißt es — wenn der Herr Präsident gestattet, darf ich das noch mal kurz verlesen —: „Grundbesitz ist der Spekulation zu entziehen. Steigerungen des Bodenwertes, die ohne besondere Arbeits- oder Kapitalaufwand des Eigentümers entstehen, sind für die Allgemeinheit nutzbar zu machen."

Nun haben wir ja eine gleichgeschaltete, politisch gleichgeschaltete Bundesregierung, die der Konstruktion hier in Bremen entspricht. Ich könnte mir vorstellen, daß es jetzt möglich wäre, diesen Verfassungsauftrag nunmehr in kurzer Frist zu erfüllen, sei es über den Bundesrat oder wie auch immer. Es wird ja auch an Herrn Bürgermeister Koschnick letzten Endes liegen.

(Beifall bei der NPD)

Präsident Engel: Herr Fichtner, Sie hatten einen Änderungsantrag zu Antrag Nummer 361 gestellt. Würden Sie mir den schriftlich formuliert heraufgeben?

(Abg. Fichtner [NPD]: Jawohl!)

Den Sinn hatte ich noch mitbekommen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung.

Gemäß § 51 Absatz 2 der Geschäftsordnung lasse ich zunächst über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen, der am 27. Mai 1970 eingegangen ist.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

(Dafür CDU und NPD)

Also Herr Fichtner hatte einen Änderungsantrag eingereicht, der lautet:

Zu dem Antrag Nummer 361 heißt es am Schluß: ...„ der mittelständischen Wirtschaft im Lande Bremen vorzulegen und jährlich einen Ergänzungsbericht zu erstatten."

Wer dieser Änderung des Antrags Nr. 361 zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

(Dafür CDU und NPD — Abg. Klein [CDU]: Sehr bedauerlich, das steht im Widerspruch zur Debatte!)

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag Nr. 361, der am 4. Juni 1970 bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingegangen ist.

Wer diesem Antrag Nr. 361 zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, seit einiger Zeit weilen unter uns Herr Senator Jantzen und Herr Senator Seifriz. Ich darf sie begrüßen! Das gleiche gilt für Herrn Senatsdirektor Koch.

Bericht Nr. 21 des Petitionsausschusses (Drucksachenabteilung III Nr. 31)

Bericht Nr. 22 des Petitionsausschusses (Drucksachenabteilung III Nr. 32)

Bericht Nr. 23 des Petitionsausschusses (Drucksachenabteilung III Nr. 33)

Interfraktionell ist vereinbart worden, die Punkte 10 bis 12 miteinander zu verbinden.

Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

Der Petitionsausschuß legt der Bürgerschaft (Landtag) drei Berichte vor, die er in seinen Sitzungen am 15. Mai, 22. Mai und 5. Juni 1970 beschlossen hat.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Der Petitionsausschuß hat beantragt, über die in den Berichten Nr. 21, 22 und 23 aufgeführten Petitionen wie empfohlen zu beschließen.

Wer über die Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Form beschließen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Antrag: Gesetz zum Schutze vor Luftverunreinigungen, Geräuschen und Erschütterungen — Immissionsschutzgesetz — (Drucksachenabteilung II Nr. 48) 2. Lesung

Dazu

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 28. April 1970 (Drucksachenabteilung I Nr. 104)

Die Bürgerschaft (Landtag) hat das Gesetz in ihrer Sitzung am 27. Mai 1970 in erster Lesung beschlossen.

Wir kommen zur 2. Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wer das Gesetz zum Schutze vor Luftverunreinigungen, Geräuschen und Erschütterungen — Immissionsschutzgesetz — in der in erster Lesung angenommenen Fassung in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

(Einstimmig)

Antrag: Aufklärungsschrift für Eltern und Erzieher über Suchtgefahren (Drucksachenabteilung II Nr. 363)

Dazu Herr Senator Jantzen, ihm beigeordnet Herr Senatsdirektor Dr. Koch.

Der Antrag ist unterschrieben von dem Abgeordneten Vorsatz und NPD-Fraktion. Er liegt den Abgeordneten gedruckt vor und hat folgenden Wortlaut:

„Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Der Senat wird ersucht, umgehend eine umfassende Aufklärungsschrift für Eltern und Erzieher über Suchtgefahren zusammenzustellen und insbesondere auf die Gefährlichkeit des Haschischgenusses bezüglich Schädigung körperlicher und seelischer Art hinzuweisen."

Die Beratung ist eröffnet. — Wer begründet den Antrag?

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Kruse.

Abg. Marta **Kruse** (NPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Herren und Damen! Der Antrag unserer NPD-Fraktion liegt Ihnen vor, und wir haben diesen Antrag so gemeint, daß nicht nur der Drogenmißbrauch dort behandelt wird und eine Aufklärung nur über diese Dinge erfolgen soll, sondern auch mißbräuchliche Anwendung und die Folgen daraus aus Nikotin und Alkohol. Warum und weshalb wir zu dieser Formulierung gekommen sind oder überhaupt einen solchen Antrag gestellt haben, werden Sie gleich aus meinen Ausführungen entnehmen.

Im Dezember 1969 stellte die NPD-Fraktion anläßlich der Haushaltsberatungen einen Antrag, der sich auf Maßnahmen zur Bekämpfung von Rauschgiftgefahren bezog, der hier bekanntlich abgelehnt wurde. Argumente wie „viel Lärm um fast nichts" von Herrn Dr. Lienhoop und „man sollte die Dinge nicht schwärzer sehen als sie sind", und von Herrn Schelter Argumente wie „mir ist wenigstens im stadtbremischen Raum kein Fall bekannt, wo einmal in der Schule versucht worden ist, Haschisch oder LSD oder ähnliche Rauschgifte zu nehmen", können Sie in dem Protokoll von seinerzeit nachlesen.

Am 29. Januar sah ich in der „Nordschau" einen Bericht, in dem Jugendliche und Schüler aus Bremen über ihre Erfahrungen mit Haschisch berichteten. Es war ein bekannter Bremer Arzt beteiligt, und auch die Interviewer der „Rundschau", die divergierenden Kommentare dieser Gruppe, einmal von ärztlicher Seite, einmal von seiten der Interviewer veranlaßten uns nun, uns noch einmal näher mit dem Problem Rauschgift zu befassen. Wir haben die Institutionen und die Körperschaften aufgesucht, die sich beruflich mit dem Problem Rauschgift ganz intensiv befassen und auch die Folgen dieses schädlichen Genusses immer wieder zu spüren bekamen.

Eine Fülle von Material wurde uns zugängig. Unter anderem wurde bei diesen Besprechungen immer wieder auf das Merker-Gutachten hingewiesen, das im Januar 1969 erstellt worden war. Ich gehe sicher nicht fehl in der Annahme, daß die Herren und Damen der Gesundheitsdeputation auch im Dezember 1969 dies Gutachten kennen mußten und verstehe aus der Kenntnis dieses Gutachtens nicht, wie es seinerzeit zu einer Ablehnung unseres Antrags kommen konnte.

Für die Herren und Damen, die dieses Merker-Gutachten nicht kennen, möchte ich mit Genehmigung des Herrn Präsidenten die vier Fragen Ihnen zur Kenntnis geben, die bei diesem Gutachten als grundsätzlich angesprochen wurden:

Die erste Frage lautete: „ob und gegebenenfalls welche Gefahren oder Schädigungen körperlicher oder seelischer Art mit dem Genuß von Haschisch verbunden sind, insbesondere ob eine persönlichkeitszersetzende Wirkung besteht und ob der Genuß bei dem Verbraucher einen Zustand herbeiführt, in dem eine erhöhte Gefahr der Begehung strafbarer Handlungen besteht."

Diese erste Frage wurde von Herrn Professor Dr. Merker, leitender Direktor und Professor beim Gesundheitsamt mit „ja" beantwortet.

Die zweite Frage „wie die Gefährlichkeit des Haschischgenusses im Verhältnis zu anderen Rauschgiften, insbesondere zu Opium einerseits und zum Alkoholmißbrauch andererseits zu beurteilen ist", beantwortet er folgendermaßen: „Bei der Beurteilung des Gebrauchs von Suchtstoffen ist jedoch oft sehr entscheidend, ob in einem Kulturkreis seit längerem Erfahrungen mit dem Stoff vorliegen. In unerfahrenen Bevölkerungen werden eher nachteilige Auswirkungen eintreten, insbesondere dann, wenn die Anwendung propagiert wird.

Die dritte Frage, „ob der Gebrauch von Haschisch die Gefahr heraufbeschwört, daß der Verbraucher zu anderen gefährlicheren Rauschgiften übergeht", wurde von Professor Merker bejaht.

Dazu möchte ich sofort ergänzend sagen, daß immer wieder, auch heute noch, Argumente auftreten, man sollte das Haschisch liberalisieren, man sollte es ruhig zulassen, und so weiter, und so weiter. Wenn auf der anderen Seite bei diesem Gutachten ganz klar und deutlich gesagt wird, daß es den Anlaß gibt, weitere Mittel zu nehmen, dürften solche Erörterungen nicht mehr stattfinden.

Die vierte Frage, „ob demnach noch ein Bedürfnis für die Aufrechterhaltung des Verbots und Strafbestimmungen des Opiumgesetzes bezüglich Haschisch besteht", wurde von Herrn Professor Merker ebenfalls bejaht.

Wenn Sie diese Ausführungen jetzt gehört haben, dann kann man schlechterdings nicht daran vorbeigehen, daß im Dezember 1969, also fast ein Jahr nach dem Merker-Gutachten, hier eine Entscheidung getroffen worden ist, die nicht ganz richtig war. Wenn man bedenkt, daß meinetwegen zwar auch die Presse, Rundfunk und alle die öffentlichen Kommunikationsmittel nach wie vor das Thema Haschisch herunterspielen und die Gespräche, die wir mit den Stellen führten, die auf diesem Gebiet beruflich mitten in der schweren Arbeit stehen, sich alle, alle beschwerten, daß Hasch von der Presse her ideologisiert würde und ungenügend ernst beachtet wird. Und das kam dadurch gerade, daß ihre ernsthafte Arbeit, ihr ernsthaftes Bemühen, diese Dinge so zu behandeln, wie sie behandelt werden müßten, um der Gefahr zu begegnen, schon hinfällig mache und absolut sehr erschwert.

Natürlich ist es uns auch klar, daß man nicht alles nur mit Verboten belegen kann, aber man kann auf der anderen Seite auch nicht erwarten — es ist eine Illusion —, alle Möglichkeiten des Gebrauchs und damit auch des Mißbrauchs zu erschöpfen und gleichzeitig zu erwarten, daß alle Menschen in der Lage sind, Maß zu halten. In einem Zustand der Labilität ist das noch schwieriger, als wenn man meinetwegen einer gefestigten Gruppe gegenübersteht. Die Jugendlichen, die heute alle diesen Anreiz bekommen, „versucht das doch mal", die wissen auf der anderen Seite auch, daß es heute Medikamente noch frei zu kaufen gibt, die sie oft nehmen, wenn sie kein Haschisch bekommen können, weil diese in Verbindung mit Alkohol auch einen rauschgiftähnlichen Zustand hervorrufen.

Nicht ich persönlich habe das gewußt, sondern ich bin von Professoren auf dieses Mittel aufmerksam gemacht worden, die sich immer wieder bemüht haben, daß diese Medikamente rezeptpflichtig werden. Ich habe daran gezweifelt, daß jemand genau weiß, daß es Medikamente gibt, die solchen Einfluß nehmen und vom Bundesgesundheitsministerium nicht irgendwelche Maßnahmen ergriffen würden, um diese Dinge abzustellen. Daraufhin habe ich an den Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit geschrieben und darum gebeten, was mit diesen Mitteln sei und ab wann sie rezeptpflichtig würden.

Die Antwort des Bundesministers war, daß man zwar wüßte, daß die Medikamente in Kombination mit Genußmitteln, es zu einer euphorischen Wirkung kommen kann, daß aber auf der anderen Seite bei bestimmungsmäßigem Gebrauch keine schädlichen Nebenwirkungen bekannt geworden seien. Ich frage mich nur, wenn man schon weiß, daß Jugendliche

recht labil sind und sie immer mehr zu diesen Mitteln greifen — sie lösen zum Beispiel diese Tabletten auf und spritzen sich damit, das sind zum Teil die sogenannten Schießer —, ich habe selbst mit Patienten gesprochen, insofern weiß ich, daß sie es genommen haben, dann sollte man doch ruhig den Mut haben und sagen, also hier machen wir es rezeptpflichtig, damit sie nicht wieder auf diese Mittel zurückkommen können.

Gestern war ein Artikel in den „Bremer Nachrichten", da wurde dargelegt, daß in Bremen die Rauschgiftwelle um 500 Prozent im letzten halben Jahr gestiegen sei, während es in der Bundesrepublik im allgemeinen bei hundert Prozent geblieben sei. Ich meine, da ist Ihr Ausspruch, Herr Dr. Lienhoop, „man sollte nicht schwärzer sehen wie es notwendig wäre", vielleicht doch fehl am Platze gewesen, denn wir haben nicht schwarz genug gesehen hier im Dezember, sonst wäre man doch eher an diese Dinge herangegangen und hätte unseren Antrag nicht abgelehnt.

Im März wurde eine Kommission gebildet, die sich mit dem Rauschgift als solchem befaßt. Ich habe zwar aus dem Zeitungsartikel zur Kenntnis genommen, daß da eine Kommission sei, ich hatte aber bis zu dem Tage, ich glaube, es ist wohl am Montag gewesen, noch nichts in der Zeitung gelesen, was bisher überhaupt geschehen sei. Ich kann nicht umhin, das Gefühl zu haben, daß dadurch, daß wir den Antrag jetzt hier eingereicht haben, nun eine Veröffentlichung auch in der Zeitung kam, wieweit die Dinge dort in dem Arbeitskreis gediehen sind. Aber, wie gesagt, unser Antrag bezieht sich nicht nur auf Rauschgift, er bezieht sich auch auf Nikotin und Alkohol.

Trotzdem kann ich den Jugendbehörden beziehungsweise den Politologen und so weiter nicht den Vorwurf ersparen, wenn man auf der einen Seite weiß, daß Haschisch dermaßen gefährlich ist, man es noch in den Diskussionen immer verniedlichen und möglichst auch freigeben will oder nicht die Frage des Verbots auf die Tagesordnung haben will, daß man dann auf der anderen Seite sagt, wenn man das Haschisch verbietet, was an und —

(Senator T h a p e : Ist doch verboten!)

Entschuldigen Sie —, aber wenn es auf der anderen Seite freigegeben werden soll oder aber liberalisiert werden soll. Der Politologe Runze verwarf das Verbot, „weil in einer differenzierten Gesellschaft auch differenzierte Verhaltensweisen akzeptiert werden müßten, der Maßstab der Schädigung könne keine Gültigkeit beanspruchen, obwohl unermeßliche Schäden auch von der heute nicht mehr funktionierenden Familienstruktur ausgingen, so rufe doch niemand nach einem Familienverbot."

Meine Herren und Damen, ich muß schon sagen, da verwechselt man doch sehr stark die Begriffe. Da ist eine Tatsache beziehungsweise ein Umstand, der zu Bedenken Anlaß gibt, und wir wollen diesen Einfluß von außen auf die Jugend in bezug auf Haschisch und so weiter in den Griff bekommen, und da sagt man dann auf der anderen Seite, die Familien funktionieren auch nicht, und weil das nicht funktioniert, verbieten wir sie nicht, und das mit dem Haschisch funktioniert auch nicht, und deshalb kann man es nicht verbieten. Hier hat man doch wirklich etwas verwechselt.

Was soll denn das eigentlich heißen, wenn die Einheit der Familie zerstört ist, ist doch allen Verfallserscheinungen Tür und Tor geöffnet, und niemand geringerer als Herr Professor Burkart in Hamburg, mit dem ich sprach, sprach gerade der Familie die Möglichkeit zu, überhaupt noch soweit, falls sie intakt bliebe, auf die Jugend mit einzuwirken und in ihrem eigenen Familienkreis diese Dinge wieder in den Griff zu bekommen.

Herr Professor Burkart hielt es für außerordentlich wichtig, daß die Eltern unterrichtet werden von dem, was an Schäden durch Suchtmittel auf die Kinder zukommen kann, damit sie einmal mit dem Thema vertraut sind, und die Umstände wissen, die dazu führen können, damit sie auf der anderen Seite in einer Phase, wenn die Jugendlichen sich noch nicht ganz vom Elternhaus getrennt haben, beziehungsweise das, was ihnen im Elternhaus gesagt wird, in Abrede stellen, Schäden, die auf sie zukommen können zu erkennen. Wir müssen vermeiden, nicht informiert zu sein. Herr Professor Burkart führte zu dem Thema als solches aus, Homo sapiens- und die Menschheitsgeschichte habe schlechthin immer schon mit Rausch in Zusammenhang gestanden und daß man zu allen Zeiten irgendwelche Rauschmittel genommen hätte, um sich zu betäuben. In einer intakten Gesellschaft sei das weiter kein Problem, aber in einer labilen Gesellschaft absolut eine ernsthafte Gefahr, die man gar nicht ernsthaft genug ansehen könne, und führte weiter dazu aus, daß wir leichter mit der Atombombe leben könnten als mit dem Rauschgift.

Herr Runze hat ja schon einmal zu diesen Dingen Stellung genommen, und jetzt war es auch die FDP beziehungsweise die Jungdemokraten, die die Liberalisierung des Haschisch auch wünschten. Ich verstehe nicht, wie man auf der anderen Seite von solchen Stellen immer wieder in dieser laschen Art an das Thema herangeht, ohne auch mal den Mut zu haben, zu sagen, hier sind Gefahren, denen wir entgegentreten, und auch den Jugendlichen ganz klar sagen, so geht es nicht weiter.

Bei diesen ganzen Gesprächen zeichnete sich weiterhin ab, daß zwar auch der Alkohol in erschreckendem Maße zugenommen habe, und hier in der Osterholzer Klinik klagte der Arzt sehr darüber, daß er in der Hauptsache stark mit den Alkoholikern zu tun hätte und die Klinik sehr stark belegt sei mit diesen Alkoholikern. Es wäre dringend notwendig, in Bremen doch auch eine Trinkerheilanstalt einzurichten, weil ihre Aufgabe als Nervenärzte sich nicht mehr in dem Maße erfüllen könne, wie sie es sich an und für sich gewünscht hätten. Das Alter der ein-

gelieferten Patienten hat sich im Gegensatz zu früher sehr verjüngt, so daß von daher auch eine echte Gefahr herrscht.

Wenn uns die Jugendlichen bei den Diskussionen immer wieder sagen, Haschisch ist nicht weniger gefährlich als Alkohol, dann stimmt das zwar bis zu einem gewissen Prozentsatz, nur mit dem Unterschied, daß die Jugendlichen früher anfangen Haschisch zu nehmen, schon im Alter von 17, 18, 19 Jahren, während der Alkoholismus in dem Sinne später eintritt.

In bezug auf das Nikotin würden wir diese Aufklärungsschrift auch gern erweitert haben, und zwar aus folgendem Grunde. Es war kürzlich eine Ausstellung vom Bundesministerium für Gesundheit in bezug auf Früherkennung des Krebses. Man hat dann in erschreckender Weise festgestellt, daß Lungenkrebs im frühen Alter zunimmt und führt es darauf zurück, daß der Nikotinmißbrauch sich verstärkt hätte. Wir sind natürlich als Erwachsene nicht ganz glaubwürdig, wenn wir auf der einen Seite feststellen, das Rauchen führt zu diesen Erkrankungen und auf der anderen Seite aber Raucherlaubnis in den Schulen geben. Auch darüber müßten wir uns einmal Gedanken machen, wieweit wir da aufklärend wirken müssen oder aber im Biologieunterricht ganz deutlich sagen, welche Gefahren auf uns zukommen.

Ich möchte auf noch etwas hinweisen, und zwar ist das jetzt bei dem Gynäkologentag zur Sprache gekommen — es hat auch in der Zeitung gestanden — daß Früh- und Fehlgeburten bei jungen Frauen prozentual häufiger bei den jungen Frauen festgestellt wurde, die starke Raucherinnen seien. Sehen Sie, ich meine, wenn wir alle diese Faktoren zusammentragen, dann ist es doch wohl unsere Aufgabe, an die Eltern, an die Erzieher heranzutreten und die Bestrebungen der Schulen zu unterstützen, die in ihrem Biologieunterricht hoffentlich, hoffentlich sage ich, auf diese Faktoren aufmerksam machen. Aber das Elternhaus sollte um die Gefahr wissen, damit es ihrerseits auch darauf aufmerksam machen kann.

Ich möchte Sie bitten, unseren Antrag zu unterstützen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der NPD)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Schelter.

Abg. **Schelter** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte hier nicht zu einer gesundheitspolitischen Debatte ausholen, wozu nach den Ausführungen von Frau Kruse Anlaß wäre.

(Abg. Fichtner [NPD]: Das überlassen wir Moskau!)

Den Zusammenhang kenne ich nicht, aber Ihre Gedankengänge sind mir sowieso mitunter sehr, sehr undurchsichtig.

(Abg. Fichtner [NPD]: Sie sind ja auch nicht der Scharfsinnigste!)

Darf ich also zu dem Antrag sprechen! Nach unserer Auffassung und, ich glaube auch wohl, nach Auffassung dieses Hauses ist der Antrag gegenstandslos gewesen. Es ist der Öffentlichkeit bekannt, daß der Senat im April 1970 ein innerbehördliches Gremium geschaffen hat, das sich mit dem Rauschgiftmißbrauch bei Jugendlichen befaßt. Dieser Arbeitsausschuß setzt sich aus drei Kreisen zusammen. Diese Arbeitskreise haben kürzlich — am 22. Juni — berichtet.

(Abg. Marta Kruse [NPD]: Aufgrund unseres Antrags!)

Ihr Antrag ist vom 9. Juni, dieser Ausschuß konstituierte sich am 9. April.

(Abg. Marta Kruse [NPD]: Jetzt aber erst der Bericht!)

Frau Kruse, da kann ja wohl keine Kausalität bestehen. Im übrigen habe ich zu Ihrem Antrag, den wir ja abgelehnt haben in der Haushaltsdebatte, ausgeführt, daß bereits die Behörden koordinierend tätig werden, um dieser Gefahr entgegenzuwirken.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Viel Lärm um nichts, würde ich sagen!)

Im April dieses Jahres hat sich ein Ausschuß konstituiert, wie ich sagte, der sich aus drei Arbeitskreisen zusammensetzt. Diese Arbeitskreise haben dem Ausschuß am 22. Juni berichtet.

Anfang September, so habe ich gehört, wird der Arbeitsausschuß die Impulse dieser Arbeitskreise dem Senat überarbeitet vorlegen, und es wird nicht nur, wie Sie hier wünschen und fordern, für Eltern und Erzieher eine Aufklärungsschrift herausgebracht, sondern es wird dazu kommen, daß eine Informationsschrift nicht nur für Erzieher und Eltern erstellt wird, sondern wir sind der Meinung, daß man die Jugend mit einbeziehen muß. Hier wird eine Broschüre, eine Informationsschrift herauskommen, nicht nur für die Eltern, sondern für die Jugendlichen selbst.

(Abg. Brouwer [NPD]: Um so besser!)

Ich glaube, da braucht man nicht zu differenzieren, das hielte ich für psychologisch auch falsch. Darüber hinaus wird dieser Ausschuß eine umfangreiche Mappe für Pädagogen, Ärzte und andere Bildungseinrichtungen zusammenstellen, wie ich gehört habe, in etwa einer Auflage von 500, während die Auflagen bei der Aufklärungsschrift für Jugendliche und Eltern wahrscheinlich bei 20 000 liegt.

Über Ihren Antrag hinaus ist dieser Ausschuß schon tätig geworden. Es ist damit zu rechnen, daß im September die Berichterstattung erfolgt und daß mit der Herausgabe der Broschüre Anfang Oktober gerechnet werden kann.

(Glocke)

Präsident Engel: Wollen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Brouwer beantworten?

Abg. **Schelter** (SPD): Bitte schön!

Präsident Engel: Bitte Herr, Brouwer!

Abg. **Brouwer** (NPD): Herr Kollege Schelter, entsinnen Sie sich noch an die Haushaltsdebatte, als wir unseren Antrag hier dem Hohen Hause vorlegten, daß uns daraufhin gesagt wurde, „viel Lärm um nichts",

(Abg. Fichtner [NPD]: Das ist doch die übliche Art!)

daß aber ein Vierteljahr später die Besinnung in der Bevölkerung und in der Bürgerschaft eingetreten ist?

Abg. **Schelter** (SPD): Herr Brouwer, ich darf darauf antworten, daß auch ich nicht angenommen habe, daß die Rauschgiftwelle auf uns zurollt. Ich irre mich am Tage mehrfach!

(Abg. Fichtner [NPD]: Das kann man wohl sagen!)

Anderen Mitgliedern dieses Hohen Hauses passiert das nicht! Da habe ich mich geirrt. Ich habe aber zur Ablehnung dieses Antrags auf 20 000 DM der NPD ganz klar ausgeführt, wenn die Notwendigkeit weiterer Aufklärungsmaßnahmen erforderlich wäre, dann sind 50 000 DM in den Haushalt 1970/1971 zur gesundheitspolitischen Vorsorge und für gesundheitsaufklärende Maßnahmen eingesetzt. Das war die Ablehnung Ihres Antrags der Koalition, daß wir uns sagten, wir haben ja Mittel für diese Maßnahmen, wobei wir auch Rauschgift einbeziehen. Das ist auch ganz klar gesagt worden in der Debatte. Darum die Ablehnung Ihres Antrags. Daß ich mich geirrt habe, gebe ich zu, das passiert mir häufiger.

Trotzdem ist es bedauerlich, daß diese Welle in diesem Ausmaß auch auf Bremen zugekommen ist. Ich möchte aber nicht versäumen, mich für die umfangreiche Arbeit in dem Arbeitsausschuß als auch in den Arbeitskreisen, die die Damen und Herren der Behörden und die sonst sich damit befassen, geleistet haben, recht herzlich zu bedanken. Es ist nicht so, Frau Kruse, daß Sie sich allein Gedanken machen, auf welchem Wege man dieser Rauschgiftgefahr begegnen kann. Es ist auch nicht nur diese Maßnahme vorgeschlagen worden, etwa die Broschüre und auch diese Denkschrift herauszubringen oder diese Zusammenstellung für die Pädagogen. Das ist ein Teil. Ich gehe nur auf Ihren Antrag ein, und daher recht herzlichen Dank an die Damen und Herren dieses behördlichen Ausschusses.

Wir müssen diesen Antrag aus diesen Gründen ablehnen, weil er ja gegenstandslos ist, weil er offene Türen einrennt.

(Abg. Fichtner [NPD]: Weil es ein NPD-Antrag ist!)

Wollen Sie eine Frage stellen, Herr Fichtner, ich bin gern bereit!

Ich möchte aber noch einmal auf folgendes zurückkommen: Sie sagten, Frau Kruse, — das geht aus Ihrem Antrag auch hervor —, Sie möchten ganz besonders auf die Gefährlichkeit des Haschischgenusses hinweisen. Das ist richtig, Sie beziehen sich dann aber auch auf Alkohol und Nikotin. Da muß ich sagen, ist es denn Ihrer Aufmerksamkeit entgangen, daß die Gesundheitsverwaltung in Bremen etwa vor vier Wochen eine umfassende Maßnahme gegen Nikotin hier in Bremen gestartet hat? An jeder Bremer Litfaßsäule! Ist Ihnen das völlig entgangen?

(Abg. Marta Kruse [NPD]: Nein, ist mir nicht entgangen!)

Ja warum denn? Dann ist doch diese Maßnahme schon eingeleitet worden!

Dann muß ich noch sagen, was den Alkohol anlangt: Können Sie sich nicht erinnern, Frau Kruse, daß ich in der Debatte bei Ablehnung Ihres Antrags auch gesagt habe den Dank an die Arbeitsgemeinschaft, die sich mit den Alkoholgefährdeten befaßt? Ich habe dieser Arbeitsgemeinschaft Dank gesagt, die eine Denkschrift für Alkoholgefährdete herausgebracht hat. Alle Ihre Argumente — nehmen wir Drogen, nehmen wir Nikotin und Alkohol — verstehe ich nicht. Ihr Antrag ist nach meiner Meinung völlig gegenstandslos, aus diesem Grunde müssen wir ihn ablehnen.

(Abg. Fichtner [NPD]: Ja, ist klar!)

Ich habe auch angenommen, der Antrag würde gar nicht behandelt, er sei sicherlich von der NPD zurückgezogen worden. Weil das nicht geschehen ist, müssen wir ihn selbstverständlich ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Lienhoop.

Abg. **Dr. Lienhoop** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es trifft zu, daß anläßlich der letzten Haushaltsdebatte ein Antrag der NPD über Rauschmittelbekämpfung abgelehnt wurde, aber, wie Herr Schelter schon betonte, mit Rücksicht darauf, daß gerade in einem Antrag vorher 50 000 DM für Gesundheitsvorsorge eingesetzt worden waren und unserer Ansicht nach dieser Betrag ausreicht, um auch die Forderungen der NPD, die durchaus berechtigt waren, zu erfüllen.

Es ist wohl so zu verstehen, daß Frau Kruse im letzten Antrag sich nur auf die Rauschgiftdroge Ha-

schisch/Marihuana bezog, während aus meinen weiteren Ausführungen ganz deutlich hervorging, daß man diese eine Droge aus dem gesamten Rauschgiftmitteln nicht herausnehmen kann, um sie besonders in der Bekämpfung zu behandeln. Ich habe darauf hingewiesen, daß Alkoholgefahren sicherlich noch größer sind und Opium- und Morphiumgeschädigte größere Sorgen bereiten als die damals Marihuana-Geschädigten.

Ich habe mich in Bremen umgehört in Ärztekreisen — und meine Fühler gehen ja sehr weit —, ich habe meine Kollegen gebeten, mir irgendwo einen Fall zu nennen, der körperliche Schäden nach Haschisch/Marihuana zeigt. Ich habe nicht einen körperlich geschädigten Fall gesehen, aber sehr viel körperlich Geschädigte und auch geistig Geschädigte durch Alkohol, durch Opium beziehungsweise auch Morphium. Ich darf aber weiter sagen, daß uns auch bekannt ist, daß Marihuana und Haschisch, das so plötzlich in die Bundesrepublik hineingerollt ist, durchaus seine Gefahren hat. Die liegen aber mehr in dem psychologischen und in dem sozialpolitischen Problem, als gerade in dem körperlichen, dem Gesundheitsproblem.

(Glocke)

Präsident Engel: Herr Dr. Lienhoop, wollen Sie eine Frage von Frau Kruse beantworten?

Abg. **Dr. Lienhoop** (FDP): Ja, gern!

Präsident Engel: Bitte, Frau Kruse!

Abg. Marta **Kruse** (NPD): Herr Dr. Lienhoop, ist Ihnen entgangen, daß erst kürzlich ein Artikel in der Zeitung stand, daß ein Autofahrer beim Genuß von Haschisch gestorben sei, weil er eine Überdosis genommen hatte?

Abg. **Dr. Lienhoop** (FDP): Dieser Fall ist mir nicht bekannt, Frau Kruse, ich bedaure, den kenne ich nicht, aber vielleicht kann er mir noch unterbreitet werden.

Meine Damen und Herren, es ist ein weit verbreiteter Irrtum, daß man meint, alle Suchtstoffe wirken gleichmäßig auf den Menschen. So wie Alkohol mit gehobener Stimmung oder mit Enthemmung oder mit gesteigerter Reizbarkeit, so sind auch da die Wirkungen der Drogen auf den Menschen verschieden. Haschisch ist eben ein Psychedelikum, das in einen anderen Zustand hineinversetzt, und es wirkt auch manchmal so, daß es dann verträumt macht, gleichgültig macht, gleichgültig gegen Grausamkeiten, und daß die Menschen dann für die Zeitdauer dieses Genusses verändert sind. Nur, bleibende Schäden sind nicht beobachtet worden.

Wir haben in der Bundesrepublik verhältnismäßig wenig Zeit gehabt, uns mit Marihuana zu befassen, weil es spät hinein kam. Meines Wissens sind die ersten Marihuana-Zigaretten durch die amerikanischen Besatzungssoldaten 1945 nach Deutschland gekommen, und es war eine ganze Weile ruhig, selbst die Wohlstandswelle hat noch nicht ausgelöst, was dann auf einmal auf uns zukam. Man nimmt an, daß es sicherlich auch in diesem Sinne von Frau Kruse mit der Hippy- und der Gammler-Subkultur zusammenhängt, daß aus diesen Kreisen, wo das Gift genommen wird, nun in einen anderen Kreis Jugendlicher ausgestrahlt wird, speziell Studenten und Oberschüler. Auch das ist bekannt.

Man weiß nicht, wie hoch die Genußmenge ist, die verbraucht wird, sowohl in Dauer wie auch in Zeit, man weiß nur, daß die von der Kriminalpolizei im Bundesgebiet sichergestellten Mengen sich von 3,6 Kilo 1961 jetzt auf — ich habe die Zahl aufgeschrieben — 1968 381 Kilo und 1969 sogar auf 2 200 Kilo erhöht haben. Das bedeutet also, daß wenn man früher mit Gramm oder Kilo rechnete, heute mit Zentnern rechnen muß, was an Rauschgiftstoffen verbraucht wird. Auch das ist bekannt.

Dem soll ja auch entgegengetreten werden, ganz deutlich sogar. Es ist tatsächlich ein Problem der Sozialpädagogik hier, weil eben dieses Marihuana, wie schon angedeutet, ein Schrittmacher ist, denn wer sich an Marihuana gewöhnt hat oder es genommen hat, der ist ja in einem Zustand, daß er eine gewisse Sucht wohl weckt, aber nicht stillt, und das Ungestillte, das immer weiteres Verlangen erweckt, das treibt dann die Genießer dieser Rauschmittel dazu, sich an möglichst stärkere Gifte zu wenden, nämlich das Heroin oder das LSD. Und darin liegen die Gefahren, die ich meine. Weniger ärztliche, im Augenblick für das Marihuana jedenfalls, sondern andere Kreise sollten sich damit befassen.

Selbstverständlich muß man aufklären. Nur das „Wie", das ist die Frage. Man müßte eigentlich zwei Aufklärungsschriften haben, eine für Eltern und Erzieher, damit sie rechtzeitig Sympthome erkennen, nach denen die Jugendlichen irgendwie auffällig erscheinen oder anders geartet erscheinen, und dann an die Jugendlichen selbst, so daß sie wissen, welche Gefahren auf sie zukommen, wenn sie mit diesen Rauschgiften anfangen.

Ich darf sagen, daß wir die Tatsache begrüßen, daß über Rauschgifte eine Aufklärungsschrift erscheinen soll. Mir liegt hier eine Broschüre vor, die in Berlin in dem Sinne erarbeitet wurde, wie sie uns hier vorschwebt, und zwar, nicht nur auf Marihuana bezogen, sondern auf alle weiteren Giftstoffe, die gefährlich sind. Diese Broschüre muß doch auch einen gewissen Sinn haben, sie muß Effekt haben, und sie muß doch auch wirklich den Jugendlichen helfen, und sie muß den Eltern und Erziehern helfen, Symthome an den ihnen Anvertrauten rechtzeitig zu erkennen. Auch das ist natürlich ein gewisses schwieriges Problem und bedarf einer Überarbeitung. Aber Frau Kruse kann beruhigt sein, wir alle können beruhigt sein, das ist in Arbeit und wird auch weiter betrieben.

(Abg. Fichtner [NPD]: Sie müßten aber beunruhigt sein!)

Sie sollten beruhigt sein, daß wir es erarbeiten.

(Abg. Fichtner [NPD]: Und nicht verniedlichen!)

Wir verniedlichen das Problem nicht, in keiner Weise, nur, wir wollen es auch nicht dramatisieren, es nicht dramatischer sehen als es ist.

Ich habe seinerzeit meine Zahlen und meine Angaben nicht aus der leeren Luft gegriffen, sondern ich habe mich bei den Suchtstellen erkundigt, auch bei der Kriminalpolizei.

(Abg. Marta Kruse [NPD]: Das habe ich auch getan!)

Deren Leiter sagte mir, es ist so, daß wir wohl einen vermehrten Verbrauch von Marihuana und Haschisch feststellen können, daß wir aber jetzt noch keinen Grund sehen, alarmierend mit großen Aufklärungen oder großen Berichten an die Öffentlichkeit zu gehen, um andererseits nicht den Erfolg zu haben, den wir nicht haben wollen, nämlich jetzt Neugier zu wecken.

(Senator Thape: Das ist das Problem! — Abg. Klein [CDU]: Das steht doch in jeder Illustrierten, das ist doch nicht etwas, was geheim ist!)

Deswegen war das seinerzeit abgelehnt worden. Es sind doch noch nicht viele Jugendliche befallen. Gewiß, jetzt ist die Grenze überschritten. Es ist ja auch eine Aktion im Gange.

(Abg. Fischer [CDU]: Weil wir geschlafen haben!)

Ach, geschlafen haben! Es sind die Ärztekammern, die sich damit befassen, aber mit einer vernünftigen Aufklärungsschrift! Nur es sollte nicht aus dem Zusammenhang mit anderen Rauschgiftmitteln und anderen Betäubungsmitteln herausgenommen werden. — Ich danke!

(Beifall bei FDP und SPD)

Präsident Engel: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Hänecke.

Abg. Marianne **Hänecke** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist bestimmt nicht im Sinne des Hauses, dieses ganze Thema zu dramatisieren. Ich möchte hier im Namen der CDU-Fraktion aber doch sagen, daß wir außerordentlich bedauern, daß es solange gedauert hat, bis sich dieser Ausschuß überhaupt konstituiert hat, und daß er erst zu seiner zweiten Sitzung am 22. Juni zusammengetreten ist und dort das Material besprochen hat, welches erarbeitet worden ist. Wir haben ausführlich — das wurde hier schon gesagt — im Dezember über dieses Thema gesprochen. Wir können es auch nicht ernst genug nehmen. Trotzdem wird die CDU-Fraktion diesen Antrag jetzt ablehnen, weil wir gerade gehört haben, daß das Material, welches in den Arbeitskreisen erarbeitet worden ist, im September endgültig beraten und im Oktober herausgegeben wird.

Wir können jetzt nicht plötzlich beginnen, etwas übers Knie brechen zu wollen, was eigentlich im Laufe der letzten Zeit dahingeschlurt worden ist. Entschuldigen Sie bitte diesen Ausdruck, aber es ist unverantwortlich, daß es solange dauert, bis erst einmal ein Ergebnis vorliegt. Wir werden also den Antrag ablehnen, würden uns aber sehr dafür aussprechen, daß man sich doch noch überlegt, ob man nicht in der Broschüre auch noch einmal auf die Gefahren des Nikotin- und Alkoholverbrauchs oder -mißbrauchs hinweist.

(Abg. Fischer [CDU]: Sehr gut! — Beifall bei der CDU)

Präsident Engel: Das Wort hat Herr Senator Jantzen.

Senator für Arbeit und für das Gesundheitswesen Jantzen: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Offensichtlich ist es so, daß Wirksamkeit nur daran erkannt wird, wenn die Zeitungen darüber berichten. Wirksamkeit wird nur erkannt, wenn man Institutionen gründet.

Ich darf hier dem Hohen Haus mitteilen — das wissen die Mitglieder für das Gesundheitswesen bereits seit längerer Zeit —, daß seit September vorigen Jahres bereits die Innenverwaltung, die Gesundheitsverwaltung, die Bildungsverwaltung, an diesem Problem gearbeitet haben. Sinnvoll ist ja, nicht gleich damit in die Öffentlichkeit zu gehen, sondern erst einmal zu analysieren und zu arbeiten und wirksame Maßnahme zu entwickeln, wie man diesen Dingen begegnen kann. Natürlich hätten wir im Dezember oder im November schon groß verkünden können, aber was soll das eigentlich! Entscheidend ist doch, was wir tun konnten.

Bremen kann sich rühmen — und das ist vorhin hier nicht zitiert worden —, daß wir teilweise mit Abwehrmaßnahmen und den Dingen, die bereits entdeckt und weitergeleitet worden sind, weiter sind als manche andere Bundesländer. Weil wir das nicht öffentlich gemacht haben, sondern so gemacht haben, wie wir das für eine Abwehrmaßnahme für notwendig halten. Punkt eins.

Punkt zwei! Ich bin sehr dankbar, daß Frau Hänecke gesagt hat, wir müssen die Dinge weiter verfolgen und man soll sie nicht dramatisieren. Die Berliner haben eine Broschüre zurückgezogen, die sie gedruckt und verteilt haben, weil sie nicht die Wirkung gehabt hat, die man sich aufklärenderweise davon versprochen hat. Man muß solche Dinge auch wirklich von Leuten machen lassen, die nur erkannt haben, worum es geht.

(Abg. Fichtner [NPD]: Die Broschüre war schlecht gemacht!)

Wir hätten Sie Ihnen geben können, ich weiß aber nicht, ob sie dann „angekommen" wäre. Wir sind der

Meinung, so etwas muß untersucht werden sowohl von Ärzten als auch von Leuten, die wissen, wie so etwas aufgemacht wird.

Wenn Sie heute die Illustrierten nehmen, die machen es umgekehrt, die machen auf Schocktherapie, da kommt vorne ein Mädchen drauf, das sich Injektionen in den Mund macht. Ich weiß nicht, ob das die richtige Methode ist. Ich muß Ihnen ehrlich sagen, wir haben es sachverständigen Leuten überlassen, die zuarbeiten, und wenn es soweit ist, dann wird auch der Deputation der erste Entwurf vorgelegt. Ich meine, das ist die richtige Methode des Handelns, nicht in die Öffentlichkeit, nicht institutionalisiert, sondern mit denen, die dafür in Frage kommen — Innenverwaltung, Bildungsverwaltung, Gesundheitsverwaltung, Hauptgesundheitsamt — zusammenzuarbeiten.

Nun möchte ich noch eines sagen, Frau Kruse. Sie haben gesagt, es sind doch Fälle bekannt. Wenn wir jeden Verdachtsfall, der bei uns in der Nervenklinik mit angeblicher Suchtgefährdung eingeliefert wird, untersuchen würden, dann sind die Ursachen manchmal ganz andere als Leute draußen versuchen darzustellen. Das Abreagieren — moderne Leute sagen: „das ist ein Ergebnis von Hasch, das ist ein Ergebnis von Heroin, das ist ein Ergebnis von Marihuana", das ist allzu billig und leicht gemacht. Die Problematik sitzt viel tiefer.

Wir sollten uns endlich bemühen, uns mit diesen Dingen auseinanderzusetzen, nach einer Lösung zu suchen, wo die Ursachen des Genusses und des Gebrauchs herkommen. Wenn man immer davon redet, diese Welt ist heil, dann muß ich sagen, ich habe bisher noch nie gewußt, daß diese Welt heil ist. Für die, die in Armut und im Schatten gelebt haben, war eine „heile" Welt nie heil. Heil war sie für die, die an der Sonnenseite gesessen haben. Aber für die, die in Armut und Unterdrückung gelebt haben, war die Welt nicht heil. Mit solchen Schlagworten lösen wir doch keine Probleme. Ich bin der Meinung, wir müssen uns dieser Konfrontation stellen und gemeinsam nach Lösungsmöglichkeiten suchen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Engel: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Kruse.

Abg. Marta **Kruse** (NPD): Herr Präsident, sehr geehrte Herren und Damen! Ich muß noch einmal eine Erwiderung zu den verschiedenen Kommentaren, die hier gemacht worden sind, geben.

Herr Dr. Lienhoop, Sie machen sich die Sache wirklich zu leicht. Das Gefühl habe ich absolut.

(Abg. Jackisch [CDU]: Das meine ich auch!)

Wenn Sie auf der einen Seite hier sagen, man sollte es nicht dramatisieren und man sollte es nicht zu sehr propagieren, dann muß ich Ihnen sagen, daß ich auch mit Ärzten gesprochen habe, die tief enttäuscht darüber waren, daß die Gefahren nicht genügend in der Öffentlichkeit bekannt sind, Aktionen nicht genügend unterstützt wurden, damit man gegen diesen Drogenmißbrauch angeht.

Auch Herr Dr. Schäfer, mit dem ich im Februar dieses Jahres gesprochen habe, hat nicht gesagt, es ist noch gar nicht so schlimm. Er hat sich bei uns bitter beklagt, daß er nicht genügend Unterstützung bekommt a) von der Presse und b) behördlicherseits, damit er etwas machen kann, und daß er resigniere. Aber nicht nur Herr Dr. Schäfer, sondern auch andere maßgebliche Menschen die im Grunde genommen ihre Aufgabe darin sehen, eine Aufklärung zu geben, haben nicht genügend Unterstützung bekommen.

(Abg. Fichtner [NPD]: Der Senator klärt die Deputation auf, und damit hat es sich dann!)

Wenn auf der einen Seite gesagt wird, eine Broschüre muß dann so sein, daß sie auch wirkungsvoll ist, dann soll unser Antrag ja nicht bedeuten, daß eine solche Broschüre in dem Sinne nicht auch erstellt werden kann. Wer die Broschüre macht, ist ja nicht unsere Sache. Wir haben den Antrag gestellt und möchten danach auch eine Broschüre erstellt wissen, die diesen Zweck erfüllt. Das Beste ist dann gerage gut genug.

Sie sagen weiter, Herr Dr. Lienhoop, Haschisch bringe keine gesundheitlichen Schädigungen! Lesen Sie doch bitte das Merker-Gutachten einmal Seite für Seite durch. Wenn Sie es nicht haben, so will ich es Ihnen gern zur Verfügung stellen. Daraus geht doch ganz klar und deutlich hervor, daß gesundheitliche Schädigungen auftreten. Auf der anderen Seite dürfte Ihnen ja sicherlich bekannt sein, was auch gesagt wird, Haschisch macht dumm, verringert die Denkfähigkeit, aber nicht nur für einen kurzen Zeitraum, sondern bei einem übertriebenen Genuß auch auf Dauer. Diesen Dingen kann man doch gar nicht ausweichen und sie hier einfach so verniedlichen.

Herr Schelter, Sie nannten den Arbeitskreis. Natürlich wußten wir um den Arbeitskreis, beziehungsweise wußten zumindest um den Arbeitskreis seit Montag, nachdem die Veröffentlichung in der Zeitung stand. Darum habe ich vorhin ja auch gesagt, ich kann mich des Gefühls nicht erwehren, daß unser Antrag, der ja schon längst vorlag, doch vielleicht Anlaß gewesen ist, daß aus diesem Arbeitskreis endlich einmal etwas an die Öffentlichkeit kam.

(Glocke)

Präsident Engel: Wollen Sie eine Frage des Abgeordneten John beantworten?

Abg. Marta **Kruse** (NPD): Ja, bitte!

Präsident Engel: Bitte, Herr John!

Abg. **John** (FDP): Frau Kruse, ist Ihnen entgangen, daß in den Ausführungen von Herrn Dr. Lien-

hoop, der ja auch beruflich immerhin noch Arzt ist, ganz klar zum Ausdruck kam, daß die sichergestellten Mengen in einem bestimmten Zeitraum, von 1961 bis 1968, ein erhebliches Anschwellen haben erkennen lassen, und daß Herr Dr. Lienhoop gesagt hat: „Ich bin mir darüber im klaren"?

Abg. Marta **Kruse** (NPD): Natürlich, auf der anderen Seite ist es aber so,

(Abg. Jackisch [CDU]: Auf der anderen Seite hat er es verniedlicht!)

Herr John, wenn wir im Dezember die Lage hier etwas besser erkannt hätten, dann wäre ja nicht nur im Bundesland Bremen in einem halben Jahr eine 500-prozentige Steigerung dieser Fälle bekannt geworden.

Es waren im Dezember ja noch viel zu viele Dunkelziffern, die wir nicht wahrhaben wollten und die uns noch nicht genügend Aufklärung gaben. Wenn Sie gerade in den letzten Tagen die Zeitungen verfolgen, werden Sie aufmerksam geworden sein. Ich erinnere nur an den „Silberblick" mit den furchtbaren Zuständen da! Ich muß Ihnen offen sagen, ich bin vor vier Jahren einmal von einer Mutter, einer Witwe, angerufen worden, die wußte, daß ihre Tochter im „Silberblick" war und Angst hatte, daß sie Haschisch rauchen würde beziehungsweise mit Rauschgift in Berührung käme, die meinen Mann und mich gebeten hatte, doch einmal dahin zu fahren, weil sie es nicht wagte, in die Gaststätte zu gehen und zu sehen, ob ihre Tochter da anwesend sei. Wir haben uns auf den Weg gemacht. Wir haben zwar das Mädchen nicht gefunden, aber wir haben dieses Lokal als so furchtbar empfunden, daß wir nachts um halb zwölf Uhr stehenden Fußes zur Kriminalpolizei gegangen sind, und gesagt haben, hier muß etwas geschehen, so geht es nicht weiter.

Sehen Sie, das kann ich Ihnen aus der persönlichen Erfahrung sagen, daß damals schon der Polizei bekannt war, wie entsetzlich es dort ist. So sind hier noch viele Lokale. Mir wurde die Zahl von sieben bis acht Jugendlokalen genannt, in denen Haschisch gebraucht wird. Ich brauche Ihnen nicht das „Mont-Parnaß", „Rauchfang" und all diese Lokale zu nennen. Die wissen Sie auch!

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Eben nicht!)

Aus den Zeitungsberichten wird Ihnen sicher bekannt sein, daß in diesen Lokalen Haschisch gebraucht wird, im „Bistro" und so weiter. Dann müssen Sie einmal aufmerksam die Zeitung lesen, da steht alles drin.

Wir möchten von der NPD-Fraktion aus dieser Tatsache, daß immerhin in diesen sieben bis acht Jugendlokalen Hasch geraucht wird und auch andere Dinge, LSD und so weiter, abgegeben werden, doch darum bitten, daß von der Schutzpolizei verstärkte Streifen gegangen werden und dort nachgesehen wird, damit diese Verhältnisse endlich einmal ein Ende nehmen.

(Beifall bei der NPD)

Präsident Engel: Das Wort hat Herr Senator Löbert.

Senator für Inneres Löbert: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich glaube gar nicht, daß der Sprecher der Gesundheitsdeputation sich damals geirrt hat. Im letzten Jahr war wirklich die Lage in Bremen noch so, daß kaum eine Steigerung festzustellen war,

(Abg. Vorsatz [NPD]: In der Vorausschau hat er sich geirrt!)

Man kann sagen, die Lage war seit mindestens zehn Jahren konstant. Das ist so geblieben. Wir waren ja gewarnt worden durch die Deputation für Justiz und Gefängniswesen, die im vorigen Jahr in Dänemark gewesen war. Das wissen Sie. Wir haben damals durch die Kriminalpolizei die Dinge sehr ernsthaft untersucht und konnten zu unserem Glück feststellen, daß wir keinerlei Steigerungen zu verzeichnen hatten.

Das hat uns allerdings nicht zu dem Schluß verführt, daß wir uns in dem Glauben gewiegt haben, es würde so bleiben. Und sobald wir die ersten Steigerungen festgestellt haben, haben wir entsprechende Maßnahmen unternommen, und die Zahl der Sachbearbeiter, die sich mit diesem Problem zu befassen haben, ist inzwischen vervierfacht worden.

Ich kann mich leider hier nicht, das werden Sie verstehen, über Einzelmaßnahmen auslassen, aber ich konnte gerade vorgestern in der Deputation auf die Frage einer Abgeordneten sagen, wir werden uns demnächst sehr ernsthaft mit dem Problem befassen, weil noch der zweite Teil eines Berichts des Kripochefs nicht vorliegt. Den brauchen wir aber, um die Deputation vollständig zu unterrichten.

(Glocke)

Präsident Engel: Herr Senator, wollen Sie eine Frage des Abgeordneten Brouwer beantworten?

Senator Löbert: Gern!

Präsident Engel: Bitte, Herr Brouwer!

Abg. **Brouwer** (NPD): Verehrter Herr Senator, ist Ihnen bekannt, daß ein maßgebliches Mitglied Ihres Dezernats bereits im Februar dieses Jahres uns gegenüber erklärte, daß unweigerlich die Rauschgiftwelle, nachdem sie über Amerika und über England hinweggegangen sei, nunmehr auch nach Deutschland kommen müsse?

(Abg. Klemmer [SPD]: Das ist hypothetisch!)

Senator Löbert: Jawohl, Herr Brouwer, das ist mir bekannt! Das hat Herr Dr. Schäfer erst kürzlich noch wieder bestätigt, daß das nicht nur eine Erkenntnis hier in Bremen ist, sondern im Bundes-

kriminalamt und bei den Polizeien aller Bundesländer. Wir haben aber leider nicht so viel Kräfte, daß wir nun schon von uns aus alles auf Lauerstellung legen können, um dann mit einem Schlag loszulegen. Als wir aber — das habe ich ja eben gesagt — ein Ansteigen der Welle merkten, und zwar sind die Erzeugnisse von Hamburg rübergekommen, ist sofort schlagartig der Sachbearbeiterbestand um das Vierfache erhöht worden.

Zu der Äußerung von Frau Kruse, Herr Dr. Schäfer bekäme nicht die nötige Unterstützung, kann ich hier nur sagen, daß Herr Dr. Schäfer sich gerade bei mir vorige Woche bedankt hat für die großzügige Unterstützung, die aus unserem Hause der Kriminalpolizei gerade auf diesem Gebiet immer gewährt wurde.

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Fröhlich.

Abg. **Fröhlich** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich möchte nur etwas richtigstellen. Ich habe eben von Frau Kruse gehört, daß der Chef der Kriminalpolizei, Herr Dr. Schäfer, erklärt haben soll, er wäre verzweifelt, da er keine Unterstützung von anderen Behörden bekäme. Ich habe mich daraufhin sofort mit Herrn Dr. Schäfer fernmündlich in Verbindung gesetzt. Er weist diese Unterstellung zurück. Er hat mir erklärt, im Gegenteil, er hat Ihnen gestern noch erklärt,

(Abg. Fichtner [NPD]: Was soll er denn auch anderes machen, wenn Sie ihn anrufen!)

daß alles unternommen wird beziehungsweise unternommen wurde, um den Rauschgiftschmuggel hier in Bremen möglichst, soweit es geht, zu unterbinden. Das hat mir eben Herr Dr. Schäfer telefonisch erklärt.

(Glocke)

Präsident Engel: Herr Fröhlich, wollen Sie eine Frage von Frau Kruse beantworten?

Abg. **Fröhlich** (SPD): Bitte!

Präsident Engel: Bitte, Frau Kruse!

Abg. Marta **Kruse** (NPD): Herr Fröhlich, ist Ihnen entgangen, daß ich auf das Gespräch im Februar hingewiesen hatte, daß er in dem Gespräch im Februar gesagt hätte, daß er verzweifelt sei, daß er nicht genügend Unterstützung hätte? Gestern, das stimmt, oder vorgestern, hat er mir auch gesagt, daß nunmehr alles getan werde.

(Glocke)

Präsident Engel: Frau Kruse, Sie müssen sich an den Fragetenor halten! Sie können nicht einfach Feststellungen treffen. Sie stehen lediglich am Mikrophon, um den Redner etwas zu fragen.

Abg. Marta **Kruse** (NPD): Herr Fröhlich, ist Ihnen entgangen, daß ich sagte, es war im Februar?

Abg. **Fröhlich** (SPD): Frau Kruse, für mich ist entscheidend, was heute getan wird, nicht, was im Februar getan wurde. Das wollte ich nur richtigstellen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Lienhoop.

Abg. **Dr. Lienhoop** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie, daß ich meine Ausführungen mit einem Zitat beginne aus einem Gutachten von Herrn Professor Dr. Erhard „Rauschgiftsucht, aktuelle Probleme und Aufgaben".

Er schreibt hierin — das ist ganz und gar meine Auffassung —: „Wer sich mit den heutigen Erscheinungsformen von Suchtstoffabhängigkeit und ihrer Bekämpfung, vor allem im Hinblick auf den Schutz der Jugend, beschäftigen will, darf nie vergessen, daß es hier primär und entscheidend um Fragen der Psychohygiene und der Sozialhygiene geht". Genau das, was ich Ihnen vorhin auseinanderzusetzen versucht habe. Und weiter:

„Die heute verbreitete Umfunktionierung der Fragestellung mit ideologischer oder verfassungsrechtlicher Akzentuierung dient lediglich der Vernebelung des eigentlichen Sachverhaltes. Es widerspricht auch der klinischen wie der sozialpsychatrischen Erfahrung, die Behauptung der Harmlosigkeit des Marihuana darauf zu stützen, daß in unseren psychatrischen Krankenanstalten zwar zahllose Alkoholiker, aber keine Psychosen oder Defektzustände nach Haschisch-Mißbrauch zu finden sind."

Und das stimmt! Damit wiederhole ich meine Behauptung, daß primäre gesundheitliche Schäden bei Haschisch nicht beobachtet worden sind. Damit will ich sie ja nicht verniedlichen oder verharmlosen.

Ein so guter Kenner der Suchtproblematik in den USA, Jarreis, hat schon vor Jahren festgestellt, die wesentliche Gefahr von Marihuana in den Vereinigten Staaten liegt darin, daß es den Menschen von süchtiger Persönlichkeitsartung wohl den Appetit für das Nirwana der Sucht weckt, aber nicht stillt, und daß die Betreffenden dann zu anderen Mitteln, wie zum Beispiel zum Heroin, übergehen. Darin sehe ich die Gefahr. Ich habe mich nur dagegen gewehrt, daß Marihuana und Haschisch einzeln betrachtet wird. Der gesamte Komplex muß erfaßt werden, und dann kommen wir nicht auf die Schäden zurück, die als Schrittmacher des Marihuana und des Haschisch aufgetreten sind. Das wollte ich ergänzen. — Danke schön!

Präsident Engel: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den vorliegenden Antrag Nummer 363.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür NPD — Abg. Fichtner [NPD]: Die Gegenprobe!)

Die Gegenprobe wird gewünscht. Bitte!

(Dagegen SPD, CDU und FDP)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Dringlichkeitsantrag: Straßenhinweisschilder zum Flughafen Bremen (Drucksachenabteilung II Nr. 364)

Der Antrag ist von den Mitgliedern des nichtständigen Ausschusses zur Beratung einer Verkehrskonzeption unterzeichnet. Er liegt den Abgeordneten hektographiert vor.

Da ich den Text bereits in den Eingängen der gestrigen Sitzung bekanntgegeben habe, bitte ich damit einverstanden zu sein, daß wir auf eine nochmalige Verlesung verzichten.

Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

Der dringlichen Behandlung dieses Antrags haben wir zu Beginn der gestrigen Sitzung zugestimmt.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Stäcker.

Abg. **Stäcker** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich brauche dafür nur eine kurze Begründung zu geben! Und zwar ist bei den Beratungen im nichtständigen Ausschuß zur Erarbeitung einer Verkehrskonzeption die Frage aufgetaucht, wie es mit der Ausschilderung zum Bremer Flughafen aussieht. Es gibt zur Zeit, wie festgestellt wurde, nur einen einzigen Hinweis, nämlich an der Autobahnabfahrt Arsten. Wir halten das für nicht gerade sehr vorteilhaft und meinen daher, daß es mit Rücksicht auf die Fluggäste, die ja gerade aus dem niedersächsischen Raum kommen, notwendig ist, die Autobahnabfahrten besser auszuschildern, aber auch in einer gebührenden Entfernung — so wie es auch bei anderen Zuwegungen zu anderen Flughäfen in der Bundesrepublik ist —, auch Hinweisschilder aufgestellt werden.

Wir bitten, diesem Antrag zuzustimmen.

Präsident Engel: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

(Senator Löbert meldet sich zu Wort!)

Dann muß ich die Beratung wieder eröffnen. Herr Senator Löbert hat sich zu Wort gemeldet.

(Zurufe: Nein!)

Herr Senator Löbert, wollen Sie ans Rednerpult kommen oder nicht?

(Zurufe: Nein!)

Bitte!

Senator für Inneres Löbert: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Weil es mir schon einmal passiert ist, daß ich etwas zu früh auf den Knopf gedrückt hatte und ich nicht wußte, daß noch einige Abgeordnete reden wollten, und es wäre besser gewesen, sie hätten vor mir geredet, habe ich heute etwas zu spät auf den Knopf gedrückt.

Meine Damen und Herren, auch im Namen meines Kollegen Seifriz möchte ich den Antragstellern danken, daß sie diesen Antrag gestellt haben. Es ist zwar nicht so, daß noch nichts geschehen ist, aber ich habe mich einmal erkundigt, es bleiben tatsächlich noch einige Lücken offen, wobei es gar nicht mal an der Bremer Verwaltung liegt, daß die Schilder noch nicht vorhanden sind, sondern die Bundesverwaltung, gerade die Bundesautobahnverwaltung — das ist in diesem Hause früher zu anderen Dingen schon mehrfach erörtert worden — stellt sich manchmal sehr zurückhaltend an, wenn gewisse Forderungen kommen.

Ich darf aber immerhin darauf hinweisen, daß an drei Stellen der Bundesautobahn, und zwar Anschlußstelle Bremen-Brinkum, Bremen-Arsten und Anschlußstelle Bremen-Freihafen, entsprechende Hinweisschilder auf den Flughafen aufgestellt sind und daß von diesen Stellen auch durchgehend bis zum Flughafen die entsprechenden Hinweisschilder stehen. Insgesamt stehen an der Bundesautobahn im bremischen Gebiet acht Hinweisschilder auf den Flugplatz, und im städtischen Bezirk stehen immerhin nicht weniger als 40 Hinweisschilder, also insgesamt 48.

Der springende Punkt ist aber der — auf den Herr Stäcker schon hingewiesen hat —, daß gerade am Oytener Kreuz aus der Richtung Niedersachsen, also von Walsrode her, es bisher nicht gelungen war, Schilder anzubringen. Da hat man gesagt, da sind schon soviele Schilder, zusätzliche Schilder gibt ein Wirrwarr. Wir werden uns aber bemühen, daß wir diese Lücken noch ausfüllen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall)

Präsident Engel: Nunmehr ist die Beratung aber endgültig geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer diesem Antrag Nummer 364 zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Damit ist die Tagesordnung der Bürgerschaft (Landtag) erschöpft.

Ich danke den Vertretern des Senats und schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung: 12.53 Uhr.)

Druck: Hans Krohn, Bremen